

**13. Sitzung vom Montag, 6. November 2023, 19.00 Uhr, ref. Kirchgemeindesaal**

<b>Anwesend:</b>	<b>Stadtparlament</b> 26 Mitglieder
	<b>Stadtrat</b> Mark Eberli, Stadtpräsident Daniel Ammann Frauke Böni Rosa Pfister-Kempf Andrea Spycher Markus Surber
<b>Entschuldigt:</b>	Cornelia Brizza Anne-Christine Halter Andreas Müller, Stadtrat Christian Mühlethaler, Stadtschreiber
<b>Vorsitz:</b>	Thomas Obermayer, Parlamentspräsident
<b>Protokoll:</b>	Sandra Lobsiger, Parlamentssekretärin
<b>Weibeldienst:</b>	Die Anwesenheit des Weibeldiensts ist nicht erforderlich

---

Die Sitzung des Stadtparlaments ist öffentlich.



**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats, die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Behördenmitglieder sowie die Medienschaffenden und das Publikum.

**Der Vorsitzende** bittet alle Anwesenden, bei Wortmeldungen nach vorne zu kommen und das Mikrofon zu benutzen.

#### **Auszählung des Stadtparlaments**

Die Auszählung ergibt 26 anwesende Parlamentsmitglieder. Das Stadtparlament ist somit gemäss Art. 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtparlaments (GeschO) beschlussfähig.

Das absolute Mehr liegt bei 14 Stimmen.

#### **Sitzungseinladung**

Die Parlamentsmitglieder sind fristgerecht und ordnungsgemäss zur Sitzung eingeladen worden.

#### **Traktandenliste**

Es liegen keine Bemerkungen oder Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Traktandenliste vor. Die Traktandenliste wird wie folgt genehmigt:

#### **Traktanden**

1. Protokoll der Sitzung vom 2. Oktober 2023
2. Motion von Elisabeth Stäger und Mitunterzeichnenden betr. «Zwischenlösung Kulturzentrum» - Begründung
3. Motion von Patrizia Grütter und Mitunterzeichnenden betr. «Grossflächige Einführung von Tempo 30 auf Quartierstrassen» - Begründung
4. Erhöhung Rahmenkredit zum Erwerb von Kompensationsrechten für Fruchtfolgeflächen um 4 835 000 Franken auf insgesamt 9 785 000 Franken
5. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
6. Diverses



## Eingang von neuen Vorstössen

**Géraldine Wirth und Mitunterzeichnende** haben am 17. Oktober 2023 das Postulat betr. «Opferhilfestelle in Bülach: Bedarfsermittlung und in Kooperation mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton Zürich» eingereicht. Die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats haben dieses erhalten und das Postulat entspricht den Erfordernissen der Geschäftsordnung.

Wortlaut:

*«Der Stadtrat wird eingeladen, in Absprache mit den benachbarten Gemeinden den lokalen Bedarf an einer Opferhilfestelle zu ermitteln. Zudem sollte er in Kooperation mit dem Kanton Zürich die Möglichkeiten und Voraussetzungen für die Errichtung einer solchen Stelle in Bülach evaluieren. Falls eine Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich in dieser Angelegenheit nicht umsetzbar ist, ist der Stadtrat dazu aufgerufen, alternative Modelle und Lösungsansätze zu entwickeln, um den identifizierten Bedarf auf kommunaler Ebene zu decken.»*

Begründung:

*Während kantonale Opferhilfestellen derzeit nur in den Städten Zürich und Winterthur verfügbar sind, besteht potenziell auch in anderen Regionen, insbesondere in Bezirkszentren wie Bülach, ein Bedarf an solchen Dienstleistungen. Die Einrichtung weiterer Opferhilfestellen ist von grundlegender Bedeutung, um mehr Menschen Zugang zu Beratung und Unterstützung in Krisenzeiten zu bieten.*

*Bülach könnte in dieser Hinsicht eine Schlüsselrolle spielen und in Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich geeignete Räumlichkeiten und Strukturen zur Verfügung stellen.»*

Die Begründung des Postulats wird für die kommende Parlamentssitzung traktandiert. Gemäss Art. 55 a Ziff. 1 der Geschäftsordnung wurde das Postulat mehr als 8 Tage vor der Sitzung eingereicht und keine sofortige Behandlung gewünscht.

## Beantwortung von Vorstössen

Seit der letzten Parlamentssitzung sind keine Vorstösse beantwortet worden.

Traktandum 1

### **Protokoll der Sitzung vom 2. Oktober 2023**

---

Es gibt keine Anmerkungen oder Korrekturen zum Protokoll. Es wird der Verfasserin verdankt.

## Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigt das Protokoll einstimmig.



Traktandum 2

**Motion von Elisabeth Stäger und Mitunterzeichnenden betr. «Zwischenlösung Kulturzentrum»  
– Begründung**

---

Elisabeth Stäger und Mitunterzeichnende haben am 24. September 2023 die Motion betr. «Zwischenlösung Kulturzentrum» eingereicht, diese wurde am 20. Oktober 2023 im Wortlaut angepasst. Die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats haben sowohl die erste Fassung als auch die korrigierte Fassung erhalten.

Die Motion wurde an der Parlamentssitzung vom 2. Oktober 2023 verlesen. Die korrigierte Fassung der Motion entspricht den Erfordernissen der Geschäftsordnung.

*Wortlaut:*

*«Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament eine Zwischenlösung vorzuschlagen, die es ermöglicht das Kulturangebot in Bülach nach der Schliessung des Kultur- und Begegnungszentrums Kantine und/oder dem Verschwinden des Raumangebots im Hertilabor (Transition) bis zur Inbetriebnahme eines neuen Kultur- und Begegnungszentrums aufrecht zu erhalten.*

*Begründung:*

*Das Kulturzentrum Kantine im Bülacher Gussquartier, wird voraussichtlich ca. im Sommer 2024 nicht mehr zur Verfügung stehen (wenn die Bauarbeiten für die neue Schulanlage beginnen).*

*Der Baubeginn für das Kultur- & Begegnungszentrum (KUBEZ) steht noch nicht fest. Da aber derzeit noch kein Gestaltungsplan vorliegt, wird es sicher mindestens 2-3 Jahre dauern. (Gemäss Finanz- und Aufgabenplan 2022 ist der Innenausbau für 2026 vorgesehen. Da bisher die Grundlagen für die Arealentwicklung noch fehlen, scheint das eher unwahrscheinlich.)*

*Bülach wird also mehrere Jahre ohne Kulturzentrum und ohne günstigen Veranstaltungsort dastehen. Eine solche Situation ist nicht annehmbar. So stellt sich die Frage, was der Stadtrat dem Volk für eine Zwischenlösung ab Sommer 2024 anbieten kann.»*

**Der Vorsitzende** bittet Elisabeth Stäger um Begründung der Motion.

**Elisabeth Stäger:** «Die Gemeinschaft ist ein grundlegendes Bedürfnis vom Menschen. In unterschiedlich ausgeprägten Bedarf, wie sich versteht. Nichtsdestotrotz braucht jeder Mensch die Begegnung. Es ist unsere Pflicht als Stadtparlament und unserer Meinung nach, auch die Pflicht des Stadtrats, dem Bülacher Volk so einen Ort der Begegnung zur Verfügung zu stellen. So stellt sich uns die Frage nach der Zwischenlösung für das Kultur und Begegnungszentrum. Da der Baubeginn für die Schulanlage im



Guss voraussichtlich im Sommer 2024 sein wird, drängt die Zeit, deshalb auch der Antrag für die sofortige Behandlung.»

**Der Vorsitzende** fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

**Stadtpräsident Mark Eberli:** «Der Stadtrat ist nicht bereit, es als Motion entgegenzunehmen. Der Stadtrat ist sehr gern bereit es als Postulat entgegenzunehmen. Wir arbeiten schon seit mehr als einem Jahr an diesem Thema und es ist nicht so einfach eine Zwischenlösung zu finden. Wir haben bis jetzt keine gefunden. Was aber nicht heisst, dass wir das nicht schaffen werden. Ich hoffe es. Wir bemühen uns intensiv darum. In dem Sinn bin ich natürlich schon froh, um das politische Signal aus dem Stadtparlament. Wenn das Stadtparlament den Vorstoss als Postulat oder so wirklich auf die Reise schicken würde, dann freue ich mich, weil das ist ein klares Signal ist, dass man das will. In dem Sinne bedanke ich mich herzlich, Elisabeth, für den Vorstoss. Noch mehr Freude habe ich, wenn du mir eine Idee hast und einen Tipp hast, wo sich das lassen machen könnte. In dem Sinn fordere ich euch, alle Anwesenden, auf, uns hier alle zu unterstützen. Weil es nicht so ist, dass die Stadt leere Liegenschaften hätte oder Land, auf welchem man problemlos sofort etwas aufstellen könnte. Zumal auch irgendetwas aufstellen, relativ viel Geld kosten würde. Das ist so ein bisschen wie eine Abwägungsfrage – wir werden Optionen aufzeigen – aber nachher ist die Frage, wie viel Geld man wirklich bereit ist, in eine Zwischenlösung für ein paar Jahre zu investieren. Diese Frage ist natürlich mit dem noch nicht beantwortet, aber wir würden das selbstverständlich zur Verfügung stellen.»

Da die Diskussion im Stadtparlament verlangt wird, erfolgt die Abstimmung über die Diskussion.

#### **Abstimmung über Diskussion**

Das Stadtparlament beschliesst mit 22 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen die Diskussion zu eröffnen.

**Der Vorsitzende** übergibt Stephan Ziegler das Wort.

**Stephan Ziegler (FDP):** «Ich habe da ein langes, grosses Blatt Papier vor mir aber Stadtpräsident Mark Eberli hat es im Prinzip schon gesagt. Im Gespräch sowohl mit Stadtpräsident Mark Eberli wie auch mit den Vorstandsmitgliedern vom Förderverein und dem aktuellen Pächter der Kantine lässt sich einerseits ein ganz klares Interesse für eine rasche Umsetzung vom neuen KuBeZ erkennen und andererseits auch einen starken Willen, dass in dieser Übergangsphase ein alternatives Angebot bereitgestellt



wird. Wir begrüßen den Effort, weil er zeigt, dass die Motion offene Türen einrennt. Wie Stadtpräsident Mark Eberli bereits erwähnt hat, ist die Stadt schon längere Zeit daran, nach einem Standort für eine Zwischenlösung zu suchen, bis jetzt allerdings ohne konkretes Ergebnis. Das zeigt, dass die Suche nach einer Alternative schon vorangetrieben wird und dass das Unterfangen allerdings schwierig ist. Die Motion fordert, dass der Stadtrat eine Zwischenlösung vorschlagen muss. Eine Annahme der Motion könnte unbeabsichtigte Konsequenzen haben. Es besteht zum Beispiel die Gefahr, dass die Stadt, getrieben durch den Auftrag, ein Raumangebot zur Verfügung stellen muss, welches gar nicht den Nutzungsansprüchen gerecht wird. Zudem können sie Folgekosten auslösen, welche weit über den aktuellen Betriebsbeitrag hinausgehen. Aufgrund von diesen Tatsachen, beantragt auch die FDP-Fraktion, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Durch das hat der Stadtrat die Möglichkeit, dass er eine Zwischenlösung vorschlagen kann. Es macht keinen Sinn, etwas zu fordern, was schon in Arbeit ist und bis jetzt nicht zum Durchschlag und Erfolg geführt hat. Und trotzdem ist die Suche nach einer Zwischenlösung ein legitimes Anliegen, welches mit einem Postulat angemessen bedient wird. Wir bitten euch, das bei der Abstimmung zu berücksichtigen Danke.»

**Sven Zimmerli (SVP/EDU):** «Wir von der SVP/EDU-Fraktion werden die Motion «Zwischenlösung Kulturzentrum» ablehnen, aus dem Grund, dass die Verwaltung unnötigerweise stark beschäftigt wird. Wir sind nicht generell gegen das Formelle bei dem Thema, aber da ist die Stadt Bülach bereits am Arbeiten. Und mit dieser Motion läuft es doppelsturig. Wir sprechen uns klar gegen die Doppelspurigkeit, aber für die Effizienz der Verwaltung aus. Die Motion ist auch nicht das geeignete politische Mittel. Darum lehnt die SVP-EDU-Fraktion die Motion dementsprechend ab. Danke vielmals.»

**Dominic Kleiber (GLP/EVP/die Mitte):** «Es geht vorwärts mit dem Schulhaus Guss. Das ist wichtig und freut uns, auch wenn das gleichzeitig neue Herausforderungen schafft. Das neue, grosse Kulturzentrum im Sonnenhof ist gut unterwegs, trotzdem wird es zu einer zeitlichen Lücke im kulturellen Angebot der Stadt Bülach kommen. Deshalb unterstützen wir als Fraktion grundsätzlich die Stossrichtung dieser Motion. Da der Stadtrat aber schon länger an einer Zwischenlösung arbeitet, ist die Wahl des parlamentarischen Werkzeugs «Motion» in unseren Augen nicht wirklich praktisch. Der Stadtrat wird aufgefordert etwas zu tun oder zu belegen, was sowieso schon am Laufen ist. Die Verwaltung wird beschäftigt, während diese aufgewendete Zeit für die Weiterarbeit fehlt. Wir als GLP/EVP/die Mitte-Fraktion hätten eine Umwandlung dieser Motion in ein Postulat vorgezogen. Leider steht nun nur die bisherige Motion zur Abstimmung. Das Ziel einer gesicherten und zeitnahen Zwischenlösung ist uns sehr wichtig, was durch diese Motion aber nicht beschleunigt wird. Trotzdem stimmen wir als Fraktion diesem Vorstoss mehrheitlich zu, als Zeichen, um diesem Anliegen entsprechend Gewicht zu verleihen.



Wie gesagt – das Ziel haben wir das gleiche – den Weg dazu, sind auch wir in der Fraktion selber noch nicht ganz einstimmig. Vielen Dank.»

**Tünde Mihalyi (SP):** «Wir von der SP-Fraktion unterstützen in erster Linie die Motion von Elisabeth Stäger. Und wenn die Stadt schon am Arbeiten ist, um eine Lösung zu finden, dann ist es ja keine Doppelspurigkeit, sondern es ist einfach noch einmal ein Zeichen, dass sie etwas richtig machen und dass sie doch bitte so weitermachen sollen und wenn möglich bald etwas finden. Weil das Angebot von Kultur ein wichtiger Bestandteil vom öffentlichen Leben und der Gesellschaft ist. Kulturräume sind wichtige Treffpunkte für das Zusammenleben in einer Gemeinde und insbesondere, um die Bevölkerung einander näher zu bringen. Die Kantine ist ein Ort der Zusammenkunft für verschiedene kulturelle Anlässe, welcher immer wieder auch aus der Umgebung und nicht nur aus Bülach Leute anzieht. Solche Kulturorte sind wichtig, auch für einen regen Austausch und die Zusammenkünfte der Bevölkerung. Sie stärken soziale Bindungen und das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Stadt. Wie in der Motion schon erwähnt, ist das geplante Kulturzentrum in weiter Ferne und es steht auch noch kein Baubeginn fest. Ausserdem ist das Kulturzentrum kein Ersatz für die Kantine. Bülach braucht einen zentralen Ort und einen öffentlichen Raum für klein und alternativ Kunst. Das Konzept mit einem lokalen Betrieb und Unterstützung der Stadt hat bisher wunderbar funktioniert und ich bin überzeugt, dass man das Geld auch weiterhin einsetzen kann. Umso wichtiger ist es jetzt einen gleichwertigen Ersatz zu finden, damit die Veranstaltungen weiterleben können. Vielen Dank.»

**Andreas Scheuss (Grüne):** «Es tut mir leid, es ist etwas spontaner. Ich habe mehrmals Doppelspurigkeiten von der Verwaltung gehört. Ja, die Verwaltung soll ja etwas machen, sie soll ja vorwärtsgehen, sie soll sich «motio» – also, sich bewegen. Von der allgemeinen Stimmung her, wird die Motion wahrscheinlich keine Mehrheit finden. Es hat niemand den Antrag gestellt. Darum werde ich jetzt den Antrag stellen, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Dem muss natürlich noch Elisabeth Stäger zustimmen oder nicht, aber das ist mein Antrag. Merci vielmals.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Gestützt auf Art. 56a Abs. 6 der Geschäftsordnung fragt der Vorsitzende Elisabeth Stäger an, ob sie damit einverstanden sei, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Dies erhöhe die Chancen, dass das Anliegen durchkomme.

**Elisabeth Stäger** ist damit einverstanden, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird.



**Der Vorsitzende** hält fest, wenn die Motion nun als Postulat betrachtet wird und der Stadtrat es entgegennimmt, muss nicht darüber abgestimmt werden, es wird automatisch überwiesen. Es sei denn, jemand aus dem Stadtparlament würde den Antrag auf Diskussion stellen.

**Elisabeth Stäger:** «Gerne würde ich auch noch einmal Stellung dazu nehmen, wieso dass ich bei der Motion geblieben bin. Wie auch von der FDP-Fraktion gesagt worden ist. Eine Motion würde zusätzlichen Druck auf den Stadtrat schaffen und der Stadtrat ist ja schon am Arbeiten. Meiner Meinung nach ist es darum gegangen, ein Zeichen zu setzen. Weil es zusätzlichen Druck braucht. Da es darum geht, was das für eine Priorität für den Stadtrat hat. Die Grüne-Fraktion will einfach ganz klar signalisieren, dass es ihr extrem wichtig ist, dass die Priorität ein wenig hinaufgeht, gerade wenn man schon länger dran ist und noch nichts gefunden hat. Es geht nicht darum, dass wir als perfekte Zwischenlösung ein riesiges Messezentrum wollen, sondern es geht um einen Raum und wie Tünde Mihalyi auch schon gesagt hat, es geht um einen Gemeinschaftsraum, also einfach eine Zwischenlösung und nicht irgendwie einen perfekt ausgearbeiteten Plan.»

**Der Vorsitzende** erklärt, da Elisabeth Stäger mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden ist, dass über die Umwandlung abgestimmt wird.

Die Motion wird mit 23 Ja- Stimmen bei 3 Enthaltungen in ein Postulat umgewandelt.

**Der Vorsitzende** fragt den Stadtrat noch formell an, ob es korrekt sei, dass er bereit sei, das Postulat entgegenezunehmen.

**Stadtpräsident Mark Eberli:** «Ja, selbstverständlich. Elisabeth, es ist mir wirklich ein Anliegen und liegt mir am Herzen. Es hat hohe Priorität.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

**Der Vorsitzende** hält fest, dass aus dem Stadtparlament kein Antrag auf Diskussion, Ablehnung oder Abänderung gestellt worden ist, somit gilt das Postulat als überwiesen. Der Stadtrat hat spätestens innert 6 Monaten schriftlich Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Anträge zu stellen. (Art. 55a Abs. 9 GeschO).





Traktandum 3

**Motion von Patrizia Grütter und Mitunterzeichnende betr. "Grossflächige Einführung von Tempo 30 auf Quartierstrassen" – Begründung**

---

Patrizia Grütter und Mitunterzeichnende haben am 25. September 2023 die Motion betr. «Grossflächige Einführung von Tempo 30 auf Quartierstrassen» eingereicht.

Die Motion wurde an der Parlamentssitzung vom 2. Oktober 2023 verlesen. Sie entspricht den Erfordernissen der Geschäftsordnung.

Wortlaut:

*«Auf Quartierstrassen gilt stadtweit Tempo 30.*

*Begründung:*

*In dieser Motion sind National-, Kantons- und Sammelstrassen explizit ausgeschlossen.*

*Die Bülacher Stimmbevölkerung hat am 30. Oktober 2005 eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 in Bülach abgelehnt. Seither sind über 17 Jahre vergangen und Tempo 30 geniesst inzwischen umfassende Akzeptanz. Die stetige Zunahme des Strassenverkehrs, die damit einhergehenden erhöhten Gefahren und die dazugehörigen Lärmemissionen tragen dazu bei, dass Tempo 30 innerorts in der breiten Bevölkerung keine negative Abwehrhaltung mehr auslöst.*

*Innert kürzester Zeit hat der Stadtrat verschiedene Petitionen zu Tempo 30 für einzelne Strassenabschnitte erhalten und muss diese in jeweils sechs Monaten beantworten. Der bürokratische Aufwand, jede einzelne Petition zu bearbeiten und schlussendlich allen Petitionär\*innen die gleiche unbefriedigende Antwort zukommen zu lassen, kann mit der grossflächigen Einführung von Tempo 30 auf Quartierstrassen massiv reduziert werden.*

*Die Zeit ist reif dafür.»*

**Der Vorsitzende** bittet Patrizia Grütter um Begründung der Motion.

**Patrizia Grütter** (Präsentation Beilage 1): «Die Bülacher Stimmbevölkerung hat am 30. Oktober 2005 eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 in Bülach abgelehnt. Seither sind 18 Jahre vergangen und Tempo 30 geniesst inzwischen umfassende Akzeptanz. Die stetige Zunahme des Strassenverkehrs, die dadurch erhöhten Gefahren und die dazugehörigen Lärmemissionen tragen dazu bei, dass Tempo 30 innerorts in der breiten Bevölkerung keine negative Abwehrhaltung mehr auslöst. Innert kürzester Zeit hat der Stadtrat verschiedene Petitionen zu Tempo 30 für einzelne Strassenabschnitte erhalten und muss diese in jeweils sechs Monaten beantworten. Der bürokratische Aufwand, jede einzelne Petition zu bearbeiten und schlussendlich allen Petitionärinnen und Petitionären die gleiche unbefriedigende Antwort zukommen zu lassen, kann mit der grossflächigen Einführung von Tempo 30



auf Quartierstrassen massiv reduziert werden. Gerade in den letzten Wochen war eine neue Petition im Umlauf, welche für weitere Strassen im Hohfuri-Quartier Tempo 30 fordert. Es ist unsere Pflicht, dass wir als gewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Anliegen der Bevölkerung ernst nehmen und unterstützend mit unseren zur Verfügung stehenden Instrumenten zur Seite stehen. Darum habe ich diese Motion eingereicht. Der Motionstext wurde absichtlich kurz und prägnant gehalten, damit die detaillierte Ausarbeitung korrekterweise dem Stadtrat überlassen wird. Ich möchte noch kurz auf die im Motionstext erwähnten Sammelstrassen eingehen und erklären, warum diese ausgeschlossen sind. Die Sammelstrassen sind auf der Folie die rot eingezeichneten Strassen. Sammelstrassen dienen der Groberschliessung der einzelnen Quartiere. Sie sammeln den Verkehr aus den Quartierstrassen (auch Erschliessungsstrassen genannt) und führen sie zum übergeordneten Strassennetz. Die Einteilung der kommunalen Strassen bzw. die Festlegung der Sammelstrassen erfolgt durch den kommunalen Richtplan Verkehr, im Teil «Strassen». Auf den Bülacher Sammelstrassen befinden sich diverse Buslinien und diese erschweren eine unkomplizierte Einführung von Tempo 30. Bis entsprechende Konzepte ausgearbeitet wären und zielführende sowie abschliessende Verhandlungen mit der PostAuto AG stattgefunden hätten, würde es unbestimmte Zeit dauern. Daher sind in dieser Motion die Sammelstrassen ausgeschlossen, um eine rasche Umsetzung voranzutreiben. Mit meiner Motion möchte ich eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Verkehrsregime erreichen: Die Einführung von Tempo 30 darf keineswegs Schikane für Verkehrsteilnehmende mit sich bringen. Neue Hindernisse, beispielsweise zusätzliche Parkplätze oder das Streichen von bestehenden Fussgängerstreifen, was wiederum ein erhöhtes Gefahrenrisiko birgt, müssen vermieden werden. Auch ohne solche Ärgernisse kann Tempo 30 eingeführt werden, weil es Unterschiede zwischen Tempo-30er-Zonen und Tempo-30-Strecken gibt. Diese möchte ich kurz erläutern: In den Tempo-30er-Zonen gilt Rechtsvortritt. Auf einer Tempo-30-Strecke kann den zuführenden Strassen der Vortritt entzogen werden. Somit haben die Verkehrsteilnehmer auf der Tempo-30-Strecke Vortritt. In den Tempo-30er-Zonen gibt es häufig keine Fussgängerstreifen und die Fahrbahn kann überall überquert werden. In meiner Motion spreche ich von Tempo-30-Strecken und nicht von Tempo-30er-Zonen. Das ist ein relevanter Unterschied, zumal in den Tempo-30er-Zonen bauliche Massnahmen nötig wären und diese wiederum eine rasche Einführung von Tempo 30 verhindern. Ich bitte den Stadtrat freundlich, meine Motion anzunehmen. Es ist mir selbstverständlich bewusst, dass in der Verwaltung Tempo 30 bereits thematisiert wird. Da dieses Thema in praktisch allen Gemeinden von immer höherer Bedeutung ist, kann sich auch Bülach nicht davon ausnehmen. Meine Motion wird die bereits gemachte Arbeit in der Verwaltung weder ver- noch behindern. Ich stehe hier als Vertreterin und Stimme der Bülacherinnen und Bülacher, welche schon lange Tempo 30 in den Quartieren fordern und stets den mühsamen Weg der Petition gehen müssen. Mit meiner Motion möchte ich dem Thema das nötige Gewicht verleihen, damit bei der Umsetzung von Tempo 30 auf den Quartierstrassen endlich vorwärts gemacht wird. Es muss doch im Interesse der



Stadt sein, dass nicht laufend Petitionen eingereicht werden und vielleicht in fünf Jahren dann für jede Strasse einzeln Tempo 30 eingeführt wird. Ich möchte wirklich nicht genau wissen, wie hoch die Kosten und der administrative Aufwand für die Beantwortung und Bearbeitung jeder einzelnen Petition sind. Das macht absolut keinen Sinn. Seien wir mutig und erledigen die Sache grossflächig aufs Mal. Ich bin mir sicher, dass damit schlussendlich der Bevölkerung und auch der zuständigen Verwaltung gedient ist. Die Zeit für Tempo 30 in den Quartieren ist definitiv reif und meine Motion ist ein Beschleuniger für die Umsetzung eines längst erkannten Bedürfnisses. Danke.»

**Der Vorsitzende** fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

**Stadträtin Andrea Spycher:** «Der Stadtrat hat beschlossen, die Motion nicht entgegenzunehmen, empfiehlt aber, diese ebenfalls, wie vorhin, in ein Postulat umzuwandeln. Und ich würde gerne im Namen des Stadtrats zwei, drei Punkte dazu sagen. Im Gesamtverkehrskonzept ist festgehalten worden, dass die Stadt Bülach Tempo-30-Zonen prüfe, wenn seitens von der Quartierbevölkerung einen entsprechenden Wunsch in Form von einem politischen Vorstoss – konkret von einer Petition – geäussert werde. Patrizia hat das vorhin richtig erklärt. Und es ist auch tatsächlich so, die Realität ist, es machen viele Quartiere regen Gebrauch des Rechtes. Wir haben aktuell vier Petitionen vorliegen: Eine aus dem Gebiet Kernstrasse, eine aus dem Gussquartier, eine von der Grünen Partei betr. Solibodenquartier. Und ganz aktuell, letzte Woche ist eine neue Petition eingegangen vom Quartier Grampenweg. Auch das hast du richtig gesagt, Patrizia, für die Verwaltung ist der Aufwand enorm für die Prüfung und für die Bearbeitung. Und was noch zusätzlich erschwerend ist, ist eine entsprechende Koordination vom Stadtrat zum Planen über das ganze Gebiet. Das ist so wirklich nicht möglich. Aufgrund dessen hat der Stadtrat schon im Mai im Rahmen einer Aussprache entschieden, dass die allfälligen Auswirkungen von Tempo 30 vertieft und grossflächig – und zwar ist das im Widerspruch zu Patrizia – inkl. Sammelstrassen durch die Abteilung Planung und Bau geprüft werden sollen. Konkret soll das heissen, man möchte aufgezeigt haben, wo könnten welche Vorteile entstehen, zum Beispiel mit der Erhöhung der Verkehrssicherheit, allenfalls auch mit einer Lärm- und Schadstoffemission. Aber wir möchten auch aufgezeigt haben, wo könnten sich auch Nachteile erwirken, zum Beispiel durch Zeitverluste, die Verspätung der Blaulichtorganisationen oder eben auch die Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr. Und ich glaube, Patrizia, das ist sogar fast noch mutiger, wie das, was du forderst. Wir sind der Meinung, dass wir die Thematik nicht nur in den Quartieren prüfen sollten, sondern dass wir unabhängig vom politischen Couleur, das Gesamte über das ganze Stadtgebiet prüfen müssten und zwar nicht flächendeckend, sondern grossflächig. Ebenfalls hast du den Verkehrsrichtplan erwähnt. Auch da möchte ich darauf hinweisen, das ist auch etwas Aktuelles. Wir sind mit diesem gestartet und auch dieser



stellt das entsprechende Instrument für die Ausschaffung von Tempo-30-Zonen dar. Dieser liegt letztlich in der Kompetenz des Stadtparlaments. Grundsätzlich möchte ich aufzeigen, wir sind, glaube ich, gleicher Meinung mit dem Ganzen. Wenn ich dich anhöre und wenn ich die Diskussion im Stadtrat anschau: Wir wollen ein koordiniertes Vorgehen betreffend Tempo 30 und wir wollen keinen Flickenteppich durch die Petitionen, wo jetzt durch das Gesamtverkehrskonzept entstanden sind. Aufgrund von all diesen Punkten werden wir diese Motion nicht entgegennehmen, aber empfehlen, euch diese umzuwandeln in ein Postulat. Danke.»

Da die Diskussion im Stadtparlament verlangt wird, erfolgt die Abstimmung über die Diskussion.

#### **Abstimmung über Diskussion**

Das Stadtparlament beschliesst mit 25 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung die Diskussion zu eröffnen.

#### **Diskussion**

**Der Vorsitzende** erteilt Christoph Meier das Wort.

**Christoph Meier:** «Als erstes möchte ich anmerken, dass meiner Meinung nach, Blaulichtorganisationen auch in 30er-Zonen schneller als 30 km/h fahren dürfen, wenn sie müssen. Dann würde es mich interessieren: Es gibt jetzt ein Gesamtverkehrskonzept, dann gibt es irgendwann ein Feinkonzept, ein Mittelkonzept und ein Endkonzept. Wann können wir damit rechnen, dass die Quartierstrassen in Bülach Tempo 30 sind, wenn wir jetzt nur dem Stadtrat folgen?» (an Stadträtin Andrea Spycher gerichtet)

**Der Vorsitzende** fragt Stadträtin Andrea Spycher an, ob sie die Frage beantworten wolle oder nicht.

**Stadträtin Andrea Spycher:** «Ja, ich gebe Antwort. Ich kann keinen Zeitplan angeben, da wir aktuell nicht wissen, geht es nur um Quartierstrassen oder geht es um das Ganze. Da sind wir uns, glaube ich, uneinig.»

**Der Vorsitzende:** «Seine Frage hat sich darauf bezogen, wie der Fahrplan des Stadtrats ist.»

**Stadträtin Andrea Spycher:** «Wann der Stadtrat was macht? Die Ausschaffung dieses Gesamten?»



**Christoph Meier:** «Ja»

**Stadträtin Andrea Spycher:** «Hierzu kann ich nichts Konkretes sagen. Es wäre falsch etwas zu sagen, wenn ich nicht genau weiss, wann es sein wird.»

**Romaine Rogenmoser:** «Gerne werde ich Ihnen die Haltung der SVP/EDU-Fraktion zur vorliegenden Motion erläutern. Aus Sicht der SVP gibt es natürlich mehrere Gründe, warum wir die Motion in dieser Form nicht überweisen. Erstens sind wir sowieso der Ansicht, dass mit dieser Motion dem GVK vorgegriffen wird, was unseres Erachtens nicht zielführend ist. Jetzt in einen Prozess einzugreifen, der am Laufen ist, macht keinen Sinn. Zweitens stellt sich die Frage, ob die Motion tatsächlich gültig ist. Auch da gehen die Meinungen natürlich auseinander. Klar ist, wenn die Geschäftsleitung diese für gültig erklärt, dann kann das Stadtparlament darüber entscheiden. Darüber müssen wir nicht diskutieren. Trotzdem sehen wir den Wortlaut als problematisch an, weil in der vorliegenden Form eher ein Postulat angezeigt wäre. Denn, der Auftrag an den Stadtrat ist eben mit dieser Formulierung nicht klar. Und ich habe die Motion vorhin noch einmal gelesen: Es steht nirgends genau, dass du jetzt von der Tempo- 30-Strecke oder von der Tempo- 30-Zone redest. Du sagst das jetzt da einfach. In der Begründung steht nicht ganz konkret, was du da möchtest. Und darum ist es eben nicht glasklar. Wir haben diese Übung schon einmal durchexerziert mit der Altstadtinitiative, dass es eben nicht klar gewesen ist, weil es so unpräzis formuliert worden ist. Dass man eigentlich das so, in dieser Art und Weise, nicht zustimmen kann. Eigentlich sollte mit dieser Motion ja eine Änderung im Teilrichtplan Verkehr beantragt werden. Also wenn du es richtig machen wolltest. Das wäre der richtige Weg. Aktuell läuft aber die Verkehrsgeschichte ja in der Regel so, dass zuerst irgendwo irgendwelche Schilder für irgendwelche Massnahmen wie Tempo 30 aufgestellt werden, die dann ins GVK einfliessen und dann wiederum dem Stadtparlament mit den entsprechenden Richtplanänderungen vorgelegt werden. Und das ist eigentlich genau der umgekehrte Weg, den man gehen sollte. Und darum ist es zielführender, jetzt das GVK abzuwarten und sich dann anschliessend um mögliche Tempo-30-Zonen zu kümmern. Und dann ist natürlich klar: Auch die SVP ist grundsätzlich dagegen – und ich betone hier jedes Wort – flächendeckend Tempo 30. Wir stören uns an der Absolutheit, mit der dies gefordert wird. Und zusätzlich noch ein vierter Punkt: Mit flächendeckend Tempo 30 wird auch zunehmend der ÖV eingeschränkt. Also es ist ja nicht so, dass der ÖV und der Bus nicht nur dort auf den Zubringerstrassen herumkurvt, der kurvt auch sonst umher. Und auch die Notfallorganisationen werden substantielle Nachteile haben. Das hat man schon in verschiedenen anderen Städten gesehen. Tatsächlich ist es nämlich so, dass die Blaulichtorganisationen mit einem Faktor 1,5 herumfahren können. Gerade bei der Feuerwehr – ich kann da etwas aus dem Nähkästchen plaudern, mein Mann ist seit über 35 Jahren in der Feuerwehr – geht



es um jede Minute. Und es ist entscheidend, ob ich in einer Zone 45 km/h fahren kann oder 75 km/h. Aus all diesen Gründen lehnt die SVP die Überweisung dieser Motion ab.»

**Patrizia Grütter:** «Danke für deine Ausführungen, Romaine. Ich möchte das noch schnell festhalten: Ich spreche nicht von flächendeckend, das habt ihr nämlich im Jahr 2005 abgelehnt, sondern von grossflächig. Das ist ein grosser Unterschied. Detailliert habe ich es auch nicht hingeschrieben, damit das eben genau der Stadtrat selbst ausarbeiten kann. Denn wir haben ja bereits Tempo-30-Zonen, zum Beispiel bei der Kantonsschulstrasse, und dort muss man nicht wieder Sachen abändern. Darum habe ich das bewusst so offen gelassen. Schlussendlich liegt es nicht in meiner Hoheit, darüber zu entscheiden, wo man eine Zone und eine Strecke macht. Einfacher umsetzbar und schneller ist es, wenn man das mit der Strecke machen würde. Danke.»

**Dominik Berner:** «Es scheint mir, dass die meisten hier drin eigentlich vom Gleichen sprechen und auch das gleiche Ziel haben. Patrizia Grütter will Tempo 30 auf den Quartierstrassen. Der Stadtrat sagt: *«Ja, wir wollen das eigentlich auch und wollen sogar noch ein bisschen weitergehen.»* Schlussendlich streiten wir, so scheint es mir, vor allem um die Formalität und die Formulierung. Ich habe lange mit Patrizia Grütter gesprochen, sie hat ihre Hausaufgaben für diese Motion gemacht. Darum bin ich der Meinung und da teilt auch die SP-Fraktion meine Meinung, dass wir das überweisen sollten, weil es an der Zeit ist. Die Umsetzung des Stadtrats mag in der Prüfung sein, aber es geht im Moment halt einfach nicht so schnell vorwärts, wie es vorwärtsgehen könnte. Und darum ist das der richtige Weg auf den Quartierstrassen, auch der Kompromiss mit Quartierstrassen/Sammelstrassen, den Patrizia Grütter und ich ausgehend diskutiert haben. Ich bin ganz ehrlich: Ich bin auch froh, wenn wir noch ein bisschen mehr sperren. Oder nicht sperren, aber auf 30 hinunter reduzieren. Ich bin kein Autofahrer, ich bin ein Velofahrer. Überall wo wir langsamer fahren, ist es mir wohler. Aber da gebe ich Patrizia Grütter recht, da beisse ich auch in den sauren Apfel, die Sammelstrassen offen zu lassen, ist ein sehr guter Kompromiss. Und darum finde ich, die Motion ist sehr gelungen und sollte überwiesen werden. Merci vielmals.»

**Larissa Kägi:** «Auch wir von der Grünen-Fraktion setzen uns ganz klar für Tempo 30 ein. Übrigens haben wir bei unserer Petition, die wir beim Stadtrat eingereicht haben, Untersuchungen gemacht. Die Stadt Schaffhausen hat Messungen vorgenommen und wir durften die Messgeräte übernehmen. Bei unserer Petition ging es um Tempo-30-Zonen im Gebiet zwischen der Schaffhauserstrasse, Fangletenstrasse, Solistrasse und Unterweg – ohne Schaffhauserstrasse. Wir haben Messungen mit der Buslinie 501 durchgeführt. Und zwar nicht zu Stosszeiten, sondern zu Zeiten, in welchen der Bus eine Regelmässigkeit fahren kann, also zu verkehrarmen Zeiten. Wir haben herausgefunden, dass der Bus auf die



gesamte Strecke weniger als 10 Sekunden verlieren würde. Es zeigt also ganz klar auf, dass der Bus nur ganz selten über 30 km/h fährt. Das spricht mit allem anderen für Tempo-30-Zonen.»

**Stephan Ziegler:** «Vorab möchte ich erwähnen, dass die FDP-Fraktion der Einführung von Tempo 30 in den Quartieren grundsätzlich offen gegenübersteht.

Die Motion erwähnt, dass die Petitionen einen massiven bürokratischen Aufwand verursachen. Wie wir alle wissen, verursacht eine Motion ebenfalls massiven bürokratischen Aufwand. Die Stadt arbeitet bereits an der Umsetzung von Tempo 30, womit die Motion offene Türen einrennt. Sie sorgt aber für keinen Mehrwert, sondern führt dazu, dass mehr Bürokratie generiert werden muss, welche dann wiederum die Arbeit verzögert. Dazu ein Zitat vom zuständigen Stadtrat, welcher an der heutigen Sitzung verhindert ist, aus der Parlamentssitzung vom April, dass die Beantwortung von Vorstössen die zuständige Abteilung dermassen beansprucht, dass sie «operativ nichts angehen» könne, verbunden mit dem Appell an das Stadtparlament, «die Verwaltung ein kleines Stück zu entlasten». Und jetzt haben wir gerade von Stadträtin Andrea Spycher erfahren, dass der Stadtrat bereits im Mai mit dieser Arbeit angefangen hat. Ebenso lässt solch eine Motion keinerlei Spielraum für wichtige Ermessensfragen bei der Umsetzung. Aufgrund dieser Tatsachen beantragt die FDP-Fraktion, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Danke.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

**Der Vorsitzende** fragt Patrizia Grütter an, ob sie dazu bereit ist, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

**Patrizia Grütter** ist nicht bereit die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

### **Abstimmung**

Die Motion wird mit 15 Ja- zu 11 Nein-Stimmen dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragsstellung überwiesen. Die Frist beträgt ein halbes Jahr, vom Zeitpunkt der Überweisung an gerechnet (Art. 56a Abs. 8 der GeschO).



Traktandum 4

**Erhöhung Rahmenkredit zum Erwerb von Kompensationsrechten für Fruchtfolgeflächen um 4 835 000 auf insgesamt 9 785 000 Franken**

---

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, es wolle beschliessen:

1. Den Bülacher Stimmberechtigten wird für den Erwerb von Kompensationsrechten für Fruchtfolgeflächen die Erhöhung des bereits bewilligten Rahmenkredit von Fr. 4 950 000 inkl. MWST um Fr. 4 835 000 auf insgesamt Fr. 9 785 000 inkl. MWST zur Bewilligung unterbreitet.

Der Beschluss unterliegt, gestützt auf Art. 13 der Gemeindeordnung, dem obligatorischen Referendum.

2. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, der Erhöhung des Rahmenkredits um Fr. 4 835 000 auf insgesamt Fr. 9 785 000 inkl. MWST zu Lasten Investitionskonto 7900.5210.00 / INV01179 zuzustimmen.
3. Die Geschäftsleitung des Stadtparlaments wird mit der Ausarbeitung des beleuchtenden Berichts beauftragt.

**Eintretensdebatte**

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Kommission Bau & Infrastruktur und der RPK vor.

Die Kommission Bau & Infrastruktur empfiehlt das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Die RPK empfiehlt das Geschäft mehrheitlich zur Annahme.

**Nicht beschlussrelevante Bemerkung der RPK**

Die Kommissions-Mehrheit empfiehlt das Geschäft zur Annahme, damit das Volk die Möglichkeit erhält, über die Krediterhöhung abzustimmen.





**Der Vorsitzende** übergibt das Wort dem Referenten der Kommission Bau & Infrastruktur.

**Peter Stiefenhofer** erläutert an Hand einer Präsentation (Beilage 2): «Der Antrag des Stadtrats ist euch bekannt. Was allenfalls weniger bekannt ist: Das Stadtparlament hat einen ersten Kredit für 4,95 Mio. Franken bewilligt. Für diesen Betrag konnten wir eine Fläche von 63 679 m<sup>2</sup> kaufen gegenüber der ursprünglich geplanten Fläche von 100 000 m<sup>2</sup>. Das zeigt schon, dass die Preise beim Kauf bereits erheblich höher waren als die Zahlen, mit denen man damals gerechnet hat. Der Preis pro Quadratmeter betrug ungefähr 49 bis 50 Franken, rechnet man die Mehrwertsteuer dazu, belaufen sich die Ausgaben auf fast 78 Franken pro Quadratmeter. Jetzt steigen die Preise weiter. Damit man trotzdem die geplante Fläche von 100 000 m<sup>2</sup> erreichen könnte, betrüge die nächste Tranche, die jetzt kommt, 5 Mio. Franken. Da sind wir jetzt bei einem Durchschnittspreis von über 143 Franken inkl. Mehrwertsteuer von 8,1 Prozent. Das zeigt auf, dass der Markt von diesen Fruchtfolgeflächen ziemlich heiss ist. Auf das komme ich später noch zu sprechen. Die Schwierigkeit am Thema Fruchtfolgeflächen ist die Vermittlung an den normalen Bürger. Wir, die Mitglieder des Stadtparlaments, haben uns mittlerweile daran gewöhnt, haben bereits sehr lange über Fruchtfolgeflächen diskutiert und darüber nachgedacht. Einem normalen Bürger zu vermitteln, warum wir Fruchtfolgeflächen kaufen und dass es sich dabei um Kompensationsrechte handelt, ist nicht so einfach. Damit das Ganze mit diesen Fruchtfolgeflächen Sinn macht, läuft gleichzeitig im Erachfeld eine Umzonungsvorlage, die jetzt aufgelegt ist. Wenn man dann bestehendes Landwirtschaftsland quasi umbaut in Sport- oder andere Anlagen, gibt man Landwirtschaftsland auf und muss das gemäss den eidgenössischen Gesetzen kompensieren. Das kompensiert man durch solche Kompensationsrechte. Der Verkäufer wandelt gewisse Flächen kompensatorisch wieder in Landwirtschaftsland um. Beispielsweise eine Kiesgrube wird wieder umgewandelt in Landwirtschaftsland. Was ganz wichtig ist, – auch in der Kommission hatten wir hierbei kurz eine hitzige Diskussion: Wir kaufen kein Land, wir kaufen Recht. Nochmals zusammengefasst: Wir haben bereits knapp 64 000 m<sup>2</sup> gekauft. Geplant ist der Kauf von 100 000 m<sup>2</sup>. Deswegen müsste man jetzt noch mehr kaufen, darum der Zusatzkredit. Der erste Kredit wurde vom Stadtparlament bewilligt. Der zweite Teil muss jetzt vor das Volk, weil man die fünf Millionengrenze überschreitet. Sehr verkomplizierend und auch emotional ein bisschen aufheizend ist eine Thematik, über welche wir heute nicht reden müssen. Es hat verschiedene Thematiken dabei, beispielsweise kann man sich freuen oder aufregen darüber, was da eventuell geplant wird. Was ist die Projektidee dahinter?

Auf der Folie 4 sieht man einen Ausschnitt aus der Visualisierung der Umzonungsbegründung, dem erläuternden Bericht zur Umzonung. Dies ist die momentane Idee. Gemäss dem erläuternden Bericht sind da einige Ideen aufgenommen, welche ihr auf der Folie 4 lesen könnt. Diese Ideen kann man so umsetzen oder nicht, darüber müssen wir heute nicht entscheiden. Es wird später einen Projektkredit und eine Projektausarbeitung geben und dann kann man über Dinge wie die Anzahl Fussballplätze und



weiteres entscheiden. Das kommt noch. Das müssen wir heute nicht entscheiden und das Volk muss auch nicht darüber entscheiden, wenn es vor das Volk kommt, höchstens indirekt.

Auf der Folie 5 seht ihr ein weiteres Thema, über welches wir auch heute nicht entscheiden müssen, welches aber auch subtil noch hineinkommt: Ob man noch zusätzliches Land kaufen soll. Die Rotfläche gehört bereits Bülach, dann hat es eine weisse private Fläche. Könnte man diese kaufen? Sollte man sie kaufen? Macht das Sinn oder nicht? Steht diese überhaupt zum Verkauf? Das müssen wir jetzt nicht entscheiden, muss das Volk auch nicht direkt entscheiden, höchstens indirekt.

Auf der Folie 6 kommen wir schliesslich und endlich zur vielleicht hitzigsten Debatte, die sich potenziell aufzeigt: Wenn man das Erachfeld, den Erachfeld-Sportpark, realisiert hat, könnte man die bisherigen Fussballfelder aufgeben. Das ist Bauland. Das ist sehr wertvoll. Wir reden von 50+ Mio. Franken. Mit dem könnte man relativ viel finanzieren, unter anderem Sportanlagen oder den sich abzeichnenden Schuldenzuwachs von 250 Mio. Franken. Soll man das machen oder nicht? Vielleicht, vielleicht nicht. Soll man es im Baurecht abgeben oder nicht? Oder gar nichts machen und behalten? Das müssen wir jetzt nicht entscheiden, muss auch das Volk nicht entscheiden, zumindest nicht direkt. Das ist jetzt nicht zur Debatte. Im Moment geht es nur darum, dass wir uns eine Option machen, dass wir überhaupt in Zukunft solche Dinge gut diskutieren können.

Wir kommen zur Folie 7. Wie müssen wir die Fruchtfolgeflächenkompensationsrechte finanziell beurteilen? Weil das nur innerhalb von einem Kanton gehandelt werden kann, ist die Lage so, dass gerade im Kanton Zürich die Fruchtfolgeflächen sehr rar werden und jetzt deswegen der Preis so gestiegen ist und vermutlich noch weiter steigen wird. Denn der Brüttener Tunnel kommt, vielleicht kommt die Pistenverlängerung – das braucht alles Fruchtfolgeflächen. Das heisst die Preise werden darum im Kanton Zürich weiter unter Druck bleiben.

Das bedeutet, das Risiko, dass der Preis sich senkt. Wenn wir also am Schluss dazukommen, dass man die Fruchtfolgeflächen, auch wegen den Projekten, nicht braucht, könnten wir die Flächen wieder so verkaufen wie wir sie gekauft haben. Das glaubst du nicht, oder? Du hast dann recht, wenn der Handel zwischen den Kantonen aufgehen würde, wenn also Fruchtfolgeflächen plötzlich interkantonal gehandelt werden könnten. Dann ist klar, dass die Preise runterrauschen würden. Das sollte aber beim eidgenössischen Tempo von solchen Gesetzgebungen nicht allzu schnell passieren.

Wie ihr auf der Folie 8 lesen könnt, haben wir in der Kommission einen einstimmigen Entscheid gefällt. Ähnlich wie das auch die RPK gesagt hat, wollen wir das Volk entscheiden lassen. Grundsatzentscheid. Wenn wir etwas machen wollen, dann lieber schnell. Aufgrund der steigenden Preisen sollten wir vorwärts machen und das Volk entscheiden lassen. Denn, wenn wir zuwarten, wird es nur immer teurer. Das Ganze ist bereits seit 10 bis 15 Jahre in Diskussion, in Vorbereitung, in Arbeit. Ich glaube, das Stadtparlament hat eine gewisse Verantwortung, die Diskussion jetzt entweder zu einem erfolgreichen



oder zu einem abrupten Ende zu bringen. Und ich glaube, dass der richtige Entscheidende schlussendlich eben nicht das Parlament ist, sondern das Volk. In der Vorlage wird man sicher klar aufzeigen müssen, warum wir das überhaupt machen und was in etwa die Optionen sind.

Sagt das Volk zum Kauf von weiteren Fruchtfolgeflächen «Nein», wird man sich in der Projektausarbeitung zwangsläufig etwas bescheidener aufstellen müssen. Sagt das Volk «Ja», darf man es immer noch bescheidener machen. Es kommt wieder vor das Stadtparlament, es kommt wieder vor das Volk. Wir müssen anschliessend nicht angeberische Sachen machen. Aber dadurch hat die Stadt überhaupt erst langfristige Möglichkeiten, um Sportanlagen auszubauen und weiterzumachen. Wie schon gesagt, es sind viele emotionale Themen mittendrin. Man kann über Fussball denken, was man will, aber Fussball ist einer von den grössten Integrationsfaktoren in unserer Gesellschaft. Das ist alles. Ich wünsche euch einen weisen Entscheid.»

Es liegen keine Ergänzungen von Mitgliedern der Kommission Bau und Infrastruktur vor.  
Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.

**Der Vorsitzende** übergibt das Wort der Referentin der RPK.

**Belma Dietrich:** «Peter, danke vielmals für deine ausführliche Präsentation. Wie wir bereits in den Zahlen von Peter gesehen haben, sind  $\frac{2}{3}$  der Rechte für die Fruchtfolgeflächen vertraglich gesichert. Es fehlen noch  $\frac{1}{3}$ . Für dieses fehlende Drittel beantragt der Stadtrat eine Erhöhung des früher bewilligten Rahmenkredits um 4,835 Mio. Franken auf insgesamt 9,785 Mio. Franken. Es hat sich gezeigt, dass aktuell eine sehr starke Nachfrage nach Kompensationsrechten besteht und daher die Preise gestiegen sind. (Beispiele: Pistenausbau am Flughafen, Glattalautobahn oder Brüttener Tunnel) Daher ist der bereits bewilligte Kredit vom Stadtparlament nicht ausreichend.

Die noch benötigten Rechte für die Klassen 3 und 4 sind aufgrund eingeschränkt vorhandener Standorte nur schwer erhältlich. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass ein Teil der Flächen nur über Flächen minderer Qualität und verbunden mit dem entsprechenden Mengenzuschlag oder über höherwertige Flächen kompensiert werden können.

In der RPK haben wir gründlich über dieses Geschäft diskutiert:

Einerseits sehen wir es für Bülach sehr förderlich einen regionalen Sport- und Erholungspark zu haben und sehen es somit positiv die Grundlagen für die Entstehung gutzuheissen. Bei einer Ablehnung der Krediterhöhung kann kein vollumfänglicher Sport- und Erholungspark geplant werden und die Zustimmung des Kantons zur Einzonung ist somit gefährdet.

Auf der anderen Seite haben wir kein klares Projekt, was genau entstehen soll und dies führte zu Unstimmigkeiten. Der Stadtrat weist darauf hin, dass die Rechte bei nicht Verwendung wieder verkauft



werden können. Dazu stellt sich in der RPK die Frage, wie lange die Gesetzgebung, bei dieser so grossen Nachfrage auf Fruchtfolgeflächen im Kanton, noch so bestehen bleibt und ob wir Gefahr laufen, bei einer Ausdehnung der Rechtsgrundlage die Rechte nicht mehr zu diesem attraktiven Preis verkaufen zu können und somit ein Verlustgeschäft zu tätigen.

Nach einer langen Diskussion empfiehlt die RPK-Mehrheit zur Genehmigung der Erhöhung vom Rahmenkredit zum Erwerb von Kompensationsrechten für Fruchtfolgeflächen um Fr. 4,835 Mio. Franken auf insgesamt Fr. 9,785 Mio. Franken. Mit unserer Zustimmung möchten wir dem Volk in erster Linie die Gelegenheit geben, sich zu einem regionalen Sportpark zu äussern. Besten Dank.»

**Der Vorsitzende** fragt die Mitglieder der RPK an, ob sie zum Bericht der RPK Ergänzungen anzubringen haben.

**Dr. Luís M. Calvo Salgado:** «Ich spreche hier im Namen der Minderheit von der RPK, die eine andere Meinung vertritt als die Mehrheit der RPK, die wir gerade gehört haben.

Wir wissen, dass die Stadt Bülach im Erachfeld einen regionalen Sportpark plant, und diese Pläne werden wir unterstützen, sofern es um Fussballplätze für die Bülacher Vereine geht. Aber aus unserer Sicht ist es notwendig, dass man eine grosse Transparenz für den ganzen Prozess garantiert. Denn es kann nicht sein, dass eine Mehrzweckhalle, hauptsächlich für professionellen Sport, ohne öffentliche Diskussion geplant und darüber geschwiegen wird. Man muss klarstellen, dass die Förderung vom professionellen Sport nicht Aufgabe einer Gemeinde sein kann, wenn andere Prioritäten den Vorrang haben sollten. Uns ist klar, dass das ganze Areal ausserhalb des Siedlungsgebiets liegt und – ausgenommen des Teils der Zone für öffentliche Bauten – im kantonalen Richtplan als Fruchtfolgefläche ausgewiesen ist. Wir verstehen, dass für die Realisierung eines Sportparks im Erachfeld daher die Kompensation dieser Fruchtfolgeflächen notwendig wäre. Aber die Frage ist, inwieweit dieses Vorhaben nicht redimensioniert werden kann, wenn nur die Frage der Fussballplätze im Vordergrund steht. Wir verstehen leider nicht, warum man so lange mit der Erhöhung des Rahmenkredits zum Erwerb von Kompensationsrechten für die Fruchtfolgeflächen gewartet hat, wenn es von Anfang an so dringend war. Bereits am Anfang der letzten Legislatur war das System der Kompensationsrechte für Fruchtfolgeflächen bekannt. Mit einem früheren und genügend grossem Rahmenkredit für den Erwerb von Kompensationsrechten an Fruchtfolgeflächen hätte man die finanzielle Voraussetzung dafür früher schaffen können, sodass die notwendigen Erwerbe laufend hätten erworben werden können. Aber am 14. März 2022 wurde dem Stadtparlament vorgeschlagen, einen Rahmenkredit von nur 4,95 Mio. Franken für den Erwerb von Kompensationsrechten für Fruchtfolgeflächen zu unterstützen, weil man Angst vor einer Volksabstimmung hatte. Der Betrag lag sehr nahe an der 5 Mio. Franken Grenze, welche eine Volksabstimmung nötig gemacht hätte. So wurde der Beschaffungsprozess gestartet. Es war



schon damals sehr leicht vorauszusehen, dass eine sehr starke Nachfrage nach Kompensationsrechten bestehen würde und die Preise in die Höhe treiben würde. Damals hat der Stadtrat versichert, dass es reichen würde, wenn man sich auf Fr. 4,95 Mio. Franken beschränken würde. Dass eine Firma eine solche Empfehlung gemacht hat, so hat es damals die Stadtregierung gesagt, spricht dafür, meines Erachtens, die Kompetenz dieser Firma unter die Lupe zu nehmen. Es ist klar, weshalb der Stadtrat dieser Empfehlung damals blind folgen wollte. Aufgrund der laufenden Pachtverträge im Erachfeld steht das Land erst im Jahr 2026 zur Verfügung. Eine Baubewilligung kann frühestens zu dem Zeitpunkt erfolgen. Es ist sehr gut möglich, dass es bis dahin eine gesetzliche Änderung der Regelung der Kompensationsrechten für Fruchtfolgeflächen vorgenommen werden muss, sodass die Preise in Zukunft sinken, weil die Beschränkung auf die Kantone die Lage in Kantonen wie Zürich (z.B. wegen der Pistenverlängerung des Flughafens) in Zukunft unhaltbar machen wird. Es ist also realistisch einzuschätzen, dass die Zahlung der Gemeinde Bülach für die benötigten Kompensationsrechte zum jetzigen Zeitpunkt eine sehr schlechte Investition sein werden. Wir sind deshalb der Meinung, dass die RPK der Erhöhung vom Rahmenkredit zum Erwerb von Kompensationsrechten für Fruchtfolgeflächen um 4,835 Mio. Franken auf insgesamt 9,785 Mio. Franken nicht hätte zustimmen sollen. Und wir hoffen, dass das Stadtparlament diesen Fehler nicht wiederholt. Wie dem auch sei, es wird zwingend zu einer Volksabstimmung kommen, wenn das Stadtparlament der Erhöhung vom Rahmenkredit zustimmt. Vielen Dank.»

Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.

### **Fraktionserklärungen**

**Dominik Berner (SP):** «Im März 2021 stand ich bereits einmal hier vorne, um über einen Kredit der Fruchtfolgeflächen zu sprechen. Damals sagte ich, dass davon auszugehen ist, dass der Preis für diese Kompensationsrechte rasant ansteigen werde und dass es wohl gescheiter wäre, diese so schnell als möglich zu kaufen, anstatt lange zu warten. Dass wir so rasant eingeholt und so fest überholt werden, hätte ich mir dort auch nicht gedacht. Wir haben damals auch darüber gesprochen, wie das Luís bereits erwähnt hat, dass dieses Geschäft nur haarscharf an der Grenze vorbeiging, um nicht vors Volk zu müssen. Das Stadtparlament hatte das Geschäft angenommen und gesagt, dass es beim nächsten Mal, auch wenn es nur eine Erhöhung um 1 Franken ist, vor das Volk gehen muss. Und genau das passiert jetzt, was ich auch richtig finde. Wie bereits gesagt, müssen wir den Betrag für die Kompensationsrechte quasi verdoppeln, weil die Preise so stark angestiegen sind. Es tut mir leid, Daniel Ammann,



aber hier kann sich der Stadtrat dem Vorwurf, dass hier – wenn auch vielleicht unbeabsichtigt – Salami-taktik betrieben wird, nicht erwehren. Wir haben in der SP-Fraktion intensiv diskutiert. Obwohl nur eine kurze Fraktionssitzung mit nur drei Traktanden angedacht gewesen wäre, ist es dann doch 23.00 Uhr geworden und wir sind uns schlussendlich nicht einig geworden. Deshalb stimmen wir hier individuell ab und nicht als Fraktion. Es gibt sehr gute Argumente, den Kredit abzulehnen. Einerseits die massive Überschreitung des Betrags, von welchem es damals geheissen hat *«Das reicht sicher. Experten haben uns das bestätigt»*. Die Realität zeigt aber, die Experten wissen es auch nicht. Und wenn wir ehrlich sind, wissen wir auch alle nicht, wie es sich entwickeln wird. In Bülach steht auch ohne die Fruchtfolgeflächenkompensation und ohne das Erachfeld ein enormes Investitionsvolumen an: Schulhäuser, der Bushof, die Passarelle, die Sanierung der Hirslen und noch vieles mehr. Das sind alles notwendige Projekte, um die wir nicht herkommen. Die Überschuldung und entsprechende Steuererhöhung sind garantiert – wenn nicht in diesem Jahr, dann in den nächsten Jahren. Nun noch ein weiteres Riesenprojekt wie den Sport- und Erholungspark anzupacken, klingt nicht besonders ratsam. Auch wirkt es etwas vermessen, zuerst neue Sportanlagen bauen zu wollen, bevor die alten – sprich die Hirslen – saniert zu haben und zu wissen, was dort gemacht wird. Dazu kommt, dass der Sport- und Erholungspark kein profitables Unternehmen wäre, sondern wohl auch weitere Folgekosten für Unterhalt nach sich ziehen würde. Auch hier ein gutes Argument: *«Ja nicht zu gross bauen»*. Diese Fragen müssen vom Stadtrat Daniel Ammann und Stadtrat zwingend zeitnah beantwortet werden, selbst wenn dieser Kredit angenommen wird. Das sind wichtige Fragen, wenn wir das Projekt unter *«Dach und Fach»* haben wollen. Andererseits stimmen wir heute nicht über das Projekt selbst ab, sondern schaffen Möglichkeiten für eine Projektgestaltung. Wir stimmen sozusagen über die Schaffung von Investitionskapital ab, welches uns möglichst grosse Freiheiten gibt, um das Projekt dann umzusetzen. Das heisst auch nicht, dass das Projekt dann tatsächlich bis ans Maximum gehen muss, sondern einfach, dass wir die Möglichkeit haben Spielraum zu schaffen und verschiedene Bedürfnisse nebeneinander aufzustellen. Es muss dann eben nicht nur Fussballplätze geben oder nicht nur einen Park. Das sind genau die Möglichkeiten, die wir hier schaffen können und das sind gute Argumente dafür, die Kompensationsrechte möglichst gross anzulegen. Die Umsetzung und das ganze Projekt werden garantiert wieder vor das Stadtparlament und auch ziemlich sicher vor das Volk gehen müssen. Auch die Frage nach der Etappierung und dem Ausbau usw. – das wissen wir jetzt alles noch nicht. Aber wir müssen jetzt die Möglichkeiten durch das Kompensationsrecht schaffen, wenn wir künftig Freiheiten in der Projektgestaltung haben wollen. Wie bereits gesagt, soll das Erachfeld auf die Bedürfnisse von allen Bülachern, aus der ganzen Bevölkerung, eingehen, deshalb brauchen wir irgendwie entsprechend Platz. Wie gesagt, sind wir uns in der SP-Fraktion nicht einig geworden. Aufgrund dieser schwierigen Sachlage geben wir in der Fraktion Stimmfreigabe, bis die Sachlage konkreter ist. Wir möchten aber folgende Fragen in den Raum stellen: *«Wie gross dürfen Visionen in Bülach sein? Und wie viel dürfen sie*



*kosten? Und wie fest ist es einfach mutwilliges und kopfloses darauf losstürmen vor dem aktuellen Investitionsdruck, den wir sowieso haben?» Merci vielmals»*

**Dr. Luis M. Calvo Salgado (Grüne):** «Nur noch eine Ergänzung zu dem, was ich vorher gesagt habe, jetzt aus der Sicht der Grünen-Fraktion. Bei all diesen Überlegungen, die uns der Stadtrat im Zusammenhang mit diesem Geschäft mitgeteilt hat, wird das Schicksal der Gringglen-Fussballplätze gar nicht explizit erwähnt. Implizit wird angenommen, dass dieses Gebiet anders genutzt wird. Es ist nämlich als Bauzone klassifiziert und dort könnte verdichtet gebaut werden. Leider wird dies im Antrag nie explizit erwähnt, sondern man musste nachfragen bzw. die öffentlich aufgelegte Umzonungsvorlage anschauen, um das Argument zu hören. Hier hätten wir uns mehr Transparenz gewünscht. Und: Wir erwarten, dass die Gemeindeordnung respektiert wird und intensiv nach Wegen gesucht wird, das Land im Besitz der Stadt zu halten. Danke.»

**Philemon Abegg (GLP/EVP/die Mitte):** «Vor knapp 4 Monaten erst haben wir an unserer Sitzung dem Ergänzungsbau der Schiessanlage Langenrain zugestimmt. Wir sprachen dabei von der Förderung des Schiessvereins, da die Vereine allgemein einen grossen Wert für Bülach darstellen. Mit der Erhöhung des Rahmenkredits für Kompensationsrechte für Fruchtfolgeflächen diskutieren wir bereits wieder einen Antrag, welcher Sportvereine in Bülach fördern sollte. Dieses Mal geht es um den Fussballclub und um Hallensportvereine und allenfalls noch weitere. Jetzt könnte man meinen: Wir haben ja schon Fruchtfolgeflächen, welche für den Ersatz des Gringglens reichen oder sogar noch eine Erweiterung ermöglichen würde. Wieso müssen wir noch teurer Fruchtfolgeflächen kaufen? Die vorhandenen Kompensationsrechte würden zwar für den Ersatz der Fussballplätze oder vielleicht sogar für einen zusätzlichen reichen. Aber ein Ausbau des Angebots ist damit nicht gross möglich. Für ein regionales Angebot reichen diese Flächen sehr wahrscheinlich nicht aus. Und genau dieses regionale Angebot ist es, was die Voraussetzung für die Einzonung von Seiten des Kantons ist. Einen reinen Ersatz der bisherigen Anlage Gringglen, damit wir die Siedlungsfläche erweitern können, reicht als Argument sicher nicht. Somit würden uns die bisher erworbenen Fruchtfolgeflächen nicht reichen, um die Fläche umzuzonen. Also gibt es auch keinen Sportpark. Der ganze Sportpark sollte ebenfalls von der breiten Bevölkerung getragen werden. Stimmen wir der Erhöhung dieses Kredits zu, hat die Bevölkerung die Möglichkeit, sich zu dem Projekt zu äussern. Lehnen wir diesen jedoch ab, werden wir vermutlich nie erfahren, ob die Bülacher Stimmberechtigten ein solches Projekt, einen Sportpark oder ähnliches, unterstützen würden. Die Fraktion GLP/EVP/die Mitte spricht sich für ein weitsichtiges Handeln aus und unterstützt die Erhöhung des Rahmenkredits, sodass der Sportpark weiterhin möglich bleibt. Die Vereine schreien bereits jetzt nach mehr Platz, seien es Fussballplätze oder Turnhallen. Und noch geht es einige Jahre, bis das Projekt umgesetzt werden kann. Da das Geschäft sowieso vor das Volk kommt, hat





dieses auch zum ersten Mal die Möglichkeit zu entscheiden, ob wir den Bau des Sportparks weiterverfolgen sollen oder nicht. Besten Dank.»

**Laura Hartmann (SVP/EDU):** «Ich muss sagen, es ist ein schwieriges Geschäft, dementsprechend wurde es auch intensiv in unserer Fraktion diskutiert. Schwierig ist das Geschäft nicht in dem Sinne, dass die Sachlage kompliziert wäre, sondern dass es einen entscheidenden Risikofaktor beinhaltet. Die Fruchtfolgeflächen haben bekannterweise in den letzten Jahren im Kanton Zürich massiv an Wert dazugewonnen. Das anhaltende Bevölkerungswachstum wird den Preis noch weiter nach oben treiben. Eine Prognose, wie viel Wert die Fruchtfolgeflächen in Zukunft haben werden, lässt sich nicht beziffern. Aber was sicher ist: Der Preis wird steigen. Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, wie lange der Bund dieser Entwicklung noch tatenlos zusehen will. Irgendwann muss er die Kantonsgrenze öffnen und es ermöglichen, Kompensationsrechte in anderen Kantonen einzukaufen. Wir haben auch in der jüngsten Vergangenheit gesehen, wie schnell der Bund bei drängenden Problemen handeln kann. Es kann also gut sein, dass in absehbarer Zeit die Regeln gelockert werden. Bülach hat auch bereits  $\frac{2}{3}$  der Kompensationsflächen eingekauft. Für die restlichen  $\frac{1}{3}$  wird der Betrag von 5 Mio. Franken auf fast 10 Mio. Franken verdoppelt. Im Finanzsektor würde man dabei von einem Risikoinvestment sprechen. Denn was ist, wenn in fünf oder zehn Jahren eben genau der Bund die Kantonsgrenzen öffnen würde? Der Landwert wäre vernichtet, Bülach hätte rückblickend sehr viel Geld in den Sand gesetzt. Wäre es also nicht besser, mit den vorhandenen Flächen weiterzuarbeiten und das Projekt Sportpark Erachfeld in zwei Etappen aufzuteilen? Das würde nicht nur die Realisierung anhand einer Priorisierung von dringend benötigten Sportinfrastrukturen, sprich Fussballplätze, beschleunigen, sondern auch die Möglichkeit offenhalten, weitere Kompensationsrechte zu einem günstigeren Preis einzukaufen. Andererseits ist es uns aber auch wichtig, dass die Bülacher Stimmbevölkerung darüber entscheiden kann. Wir erkennen auch den Bedarf von zusätzlicher Sportinfrastruktur an und wollen diesen auch unterstützen. Die Frage ist einfach, ob eine Etappierung, gerade bei einer Fruchtfolgefläche, nicht sinnvoller wäre. Die SVP/EDU-Fraktion hat nach intensiver Diskussion Stimmfreigabe beschlossen.»

**Stephan Ziegler (FDP):** «Ich halte mich kurz. Die Erhöhung des Rahmenkredits mag auf den ersten Blick teuer erscheinen. Die FDP-Fraktion befürwortet dennoch dieses Geschäft, weil wir damit vor allem eine Option, eine Chance für die Gestaltung der Zukunft kaufen. Kurz zusammengefasst: Mit einem «Ja» zur Erhöhung des Rahmenkredits geben wir der Stadt die Möglichkeit, die Sport- und Erholungsinfrastruktur in Bülach für die aktuelle und künftige Generationen zu planen. Danke.»





## Detailberatung

**Der Vorsitzende** erteilt Romaine Rogenmoser das Wort.

**Romaine Rogenmoser:** «Es ist so, dass ich im Grundsatz nicht gegen den Sport im Erachfeld bin. Zudem bin ich ehrlich gesagt auch froh, haben wir einen grossen Teil von diesen Fruchtfolgeflächen bereits sichern können. Aber ihr könnt euch auch denken, dass ein «Aber» kommt, wenn ich so beginne. Und ich spreche jetzt zu Ihnen als Parlamentarierin, ihr habt gehört es gibt eine Stimmfreigabe, und nicht als SVP-Mitglied. Ich muss gestehen, dass ich mir gerade bei diesem Geschäft gewünscht hätte, dass mir mein Instinkt nicht recht gegeben hätte. Aber leider lag ich auch hier richtig. Denn die Geschichte hat uns jetzt leider eingeholt. Am 12. Januar 2022 hat die RPK, deren Präsidentin ich dannzumal war, zu dem Kredit in der Höhe von 4,95 Mio. Franken zwar «Ja» gesagt – damals schon zähneknirschend. Die RPK hat da moniert, dass erstens der Kredit eine verdächtig spezielle Höhe beantragt, nämlich gerade einmal 50 000 Fränkli unter der Limite, die für eine Volksabstimmung notwendig gewesen wäre. Und zweitens ist es weder schlüssig noch nachvollziehbar erklärt worden, wie die Zahl zustande gekommen war. Die Berechnungen der Quadratmeterpreise waren schon dann illusorisch, weil bereits im Vorhinein klar gewesen ist, dass der Kredit nie und nimmer für die Fläche reichen wird. Und auch in dem aktuellen Antrag und Weisung widersprechen sich schon die Aussagen: *«Man hätte nicht mit den hohen Preisen rechnen können.»* Und weiter unten wird dann ausgeführt: *«Aufgrund einer unerwartet hohen Nachfrage und geringem Angebot.»* Meine werten Kollegen: Der Pistenausbau, die Glatttalautobahn und der Brüttener Tunnel sind nicht einfach vom Himmel gefallen. Diese Projekte waren auch schon vor zwei Jahren bekannt. Leider hat der Stadtrat beim ersten Kreditantrag aber dann eben nicht mit der Opposition der RPK gerechnet, so dass er jetzt wohl oder übel das Ganze vor das Volk bringen muss. So gesehen habe ich eigentlich mein Ziel erreicht: Das Volk wird darüber abstimmen können. Also wenn ich mir die Mehrheitsverhältnisse hier anschau. So weit, so gut. Für mich ist aber die ganze Geschichte leider noch nicht durchdacht und es ist eigentlich eine Tragödie, dass der Stadtrat seine Arbeit in der Vergangenheit nicht sauber gemacht hat. Schon vorher gab es Verzögerungen für dieses Projekt mit dem Gang vor das Bundesgericht. Und auch jetzt zeichnet sich leider wieder eine Verzögerung ab. Für die geplante Umzonung haben wir nämlich schon wieder eine Einsprache im Haus und ich könnte mir vorstellen, dass die ganze Geschichte erneut vor dem Bundesgericht enden wird. Ich weiss nicht, ob jeder von dem schon Wind gekriegt hat, aber es ist schon wieder eine Einsprache zu diesem Thema eingegangen. Das würde bedeuten, dass wir wieder unglaublich viel Geld ausgeben für eine «Planungsleiche». Ich möchte hier an dieser Stelle nur an den Surfpark in Regensdorf erinnern. Ich habe nach wie vor ein sehr ungutes Gefühl. Bevor nicht alles geklärt ist, müssen wir endlich aufhören,



unnötig Geld zu verschwenden. Und wir haben ja gesagt, wir haben schon Fruchtfolgeflächen gesichert für eine erhebliche Anzahl von Fussballplätzen und trotzdem hoffe ich natürlich einmal mehr, dass ich wieder «weisse Mäuse» sehe. Aber ich befürchte ein bisschen, dass ich wieder Recht behalten werde. Mir fehlt neben der gesamtheitlichen Betrachtung auch der Fokus auf den Steuerhaushalt der Gemeinde. Wir haben es einmal angetönt, was wir in Zukunft noch für Sachen stemmen müssen. Und auch wenn der Bedarf an Fussballplätzen zweifellos ausgewiesen ist, kann ich das nicht einfach ohne den Blick auf die Finanzen geschehen lassen. Ich möchte daran erinnern, ich weiss nicht, ob ihr das alles überhaupt gelesen habt, wir haben Kapitalfolgekosten von pro Jahr 1,9 Mio. Franken Das schlägt sich nachher in unserer Erfolgsrechnung nieder. Und dass der Verzinsungssatz für langfristiges Fremdkapital kaum bei 0,2 Prozent liegen dürfte, ist hoffentlich jedem klar. Das ist eine Illusion. Aber wir haben in Antrag und Weisung diese Zahl drin. Und darum bin ich hin und her gerissen, weil ich im Grundsatz nicht gegen den Sport bin, aber so dilettantisch, wie das Thema hier abgearbeitet wird, kann ich dieser Krediterhöhung unmöglich zustimmen.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

**Der Vorsitzende** erteilt Stadtrat Daniel Ammann das Wort.

**Stadtrat Daniel Ammann** erklärt anhand einer Folie (Beilage 3): «Danke, Romaine. Ich nehme etwas Speed heraus. Ist das gut? Auch das mit dem «dilettantisch». Ich sage es jetzt einfach sofort: Du kannst dir ja nochmals überlegen, wie toll das ist, wenn man das herauslässt. Ich vertrete den zuständigen Stadtrat, der leider nicht da ist. Ich glaube, ich bin aber kompetent genug, um hier hinzustehen und euch in diesem Projekt zu beraten. Ihr habt ganz viel gesagt und ich bin extrem froh, dass ihr das sehr, sehr gut geprüft habt in den Kommissionen. Ich möchte ganz herzlich danken, dass ihr das so speditiv und so schnell gemacht habt. Ich weiss, ich habe hier auch etwas Druck aufgesetzt. Ich bin sehr froh, dass wir jetzt darüber sprechen können, dass hoffentlich auch das Volk darüber sprechen kann. Und dass sollte ja eigentlich am 3. März 2024 der Fall sein, wenn wir das hier jetzt so bewilligen können. Die Folie habe ich einblenden lassen, um zu zeigen und noch einmal wirklich hervorzuheben, um was es heute überhaupt geht und wo wir im ganzen Projekt stehen. Wir haben ganz viele vermischte Sachen gehört: Es geht gerade um Fussball, es geht nicht um Fussball, es geht um die Grösse oder eine andere Grösse, redimensionieren oder nicht. Wir sprechen heute nicht über das Projekt. Wir sprechen darüber, ob wir die Option haben wollen, das Projekt – entsprechend der Grösse der Einzonung – gross planen zu können. Alles, was mit der Einzonung zu tun hat, ist hier im roten Feld unten links abgebildet. Das läuft auch über die Abteilung Planung und Bau. Das ist das Einzonungsprojekt, bei welchem jetzt die zweimonatige Auflage abgeschlossen ist. Es hat Einwendungen gegeben, das ist



korrekt. Das ist normal. Wir arbeiten diese Einwendungen nun im Stadtrat ab. Es gibt Antrag und Weisung, vermutlich noch dieses Jahr, über welche ihr auch noch befinden könnt. Über das sprechen wir jetzt nicht. Wir sprechen auch nicht über das, was im grünen Feld beschrieben ist. Das ist das Bauprojekt: Was genau dann gebaut wird, in welchen Grössen, Anzahl Fussballfelder. Gibt es öffentliche Anlagen? Gibt es keine öffentlichen Anlagen? Gibt es private Investoren? Lassen wir die zu? Lassen wir diese nicht zu? Ihr werdet die Möglichkeit haben, das alles innerhalb dieses Bauprojekts zu entscheiden. In der Zwischenzeit sprechen wir hier über die Fruchtfolgefläche, über das rote Feld in der Mitte der Folie. Und es ist richtig, für diejenigen, die dabei gewesen sind im Jahr 2022: Wir haben dort gesagt, dass es reichen wird. Und ehrlich gesagt, habe ich auch gesagt, es reiche mit Fr. 4,5 Mio. Franken. Wir haben gesagt: *«Nein, wir gehen lieber weiter hoch.»* Das ist auch korrekt. Weil wir es nicht gewusst haben. Jetzt sagen wir: *«Wir brauchen 10 Mio. Franken.»* Ich hoffe, es reicht. Ich hoffe, wir brauchen 7 Mio. Franken oder 8 Mio. Franken, um die Fläche zu kompensieren, die wir dann auch brauchen. Aber ich weiss es nicht, aber wir wollen nicht noch einmal das Gleiche machen. Das wäre «dilettantisch». Wir wollen uns eigentlich vorausschauend diese Option geben. Und vorausschauend weniger Geld ausgeben als das, was wir allenfalls werden, wenn wir ein grösseres Projekt machen. Das ist eigentlich das, was wir machen wollen. Und wenn ihr das so verabschiedet, schicken wir dies so auf die Reise und es geht vor das Volk. Und ich hoffe, wir werden es gut erklären können, um was es geht. Genauso wie ihr das auch nach sehr intensiven Diskussionen so positiv bewertet habt. Was dazu sein wird, bis es vor das Volk kommt, werden wir wahrscheinlich bereits ein Stückchen weiter sein mit der Umzonungsvorlage. Das heisst, bis zu jenem Zeitpunkt werdet ihr als Stadtparlament über die Umzonungsvorlage bestimmen können. Und dann werdet ihr darüber reden können. Darum empfehle ich euch jetzt wirklich: Schickt das nun auf die Reise. Wir werden dann weiter darüber sprechen können, was darin enthalten ist. Und ich hoffe, dass wir dann, so wie es im grünen Feld steht, im Jahr 2024 über das Projekt Erachfeld bestimmen können und es im Jahr 2025 vor das Volk gehen kann. Und jetzt beantworte ich sehr gerne alle eure Fragen.»

Es gibt keine Fragen an Stadtrat Daniel Ammann und auch keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

### **Abstimmung**

Das Stadtparlament genehmigt den Antrag des Stadtrats, den Bülacher Stimmberechtigten die Erhöhung des bereits bewilligten Rahmenkredits zum Erwerb von Kompensationsrechten für Fruchtfolgeflächen um 4 835 000 Franken auf insgesamt 9 785 000 Franken zur Abstimmung zu unterbreiten mit 17 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.



Somit wird die Erhöhung des Rahmenkredits auf insgesamt 9 785 000 Franken inkl. MWST wird zu Lasten des Investitionskontos 7900.5210.00 / INV01179 bewilligt.

Der Beschluss unterliegt, gestützt auf Art. 13 der Gemeindeordnung, dem obligatorischen Referendum. Die Geschäftsleitung als Vertretung des Stadtparlaments hat an ihrer Sitzung vom 18. September 2023 beschlossen, dass die Abfassung des Beleuchtenden Berichts für die Abstimmungsvorlage «Erhöhung Rahmenkredit zum Erwerb von Kompensationsrechten für Fruchtfolgeflächen um 4 835 000 Franken auf insgesamt 9 785 000 Franken» an die Exekutive (Stadtrat) delegiert wird. Die Mitglieder des Stadtparlaments und die Mitglieder des Stadtrats sind entsprechend informiert worden.

**Der Vorsitzende** erteilt Stadtrat Daniel Ammann das Wort.

**Stadtrat Daniel Ammann:** «Ich möchte noch rasch eine persönliche Erklärung abgeben, respektive für meinen Kollegen, der nicht hier ist. Ich möchte mich gegen die Aussage mit dem dilettantischen Arbeiten verwehren, vor allem gegen die Abteilung von Stadtrat Andreas Müller. Sie haben einen extrem guten Job gemacht beim Bearbeiten und beim Finden von Fruchtfolgeflächen. Insbesondere seiner Abteilung ist es zu verdanken, dass wir jetzt so weit sind und dass wir auch wieder drin sind. Danke vielmals.»

**Der Vorsitzende** erteilt Rogenmoser Romaine das Wort.

**Romaine Rogenmoser:** «Also ich habe vom Stadtrat allgemein gesprochen. Es sind mehrere Abteilungen involviert. Das Ding läuft jetzt schon über mehrere Legislaturen und das hat mich dazu bewogen, das Wort «dilettantisch» zu brauchen und ich bin nach wie vor der Meinung, dass es angebracht ist.»

Traktandum 5

#### **Fragen an Kommissionen und Stadtrat**

---

**Der Vorsitzende** erteilt Stephan Ziegler das Wort.



**Stephan Ziegler:** «Das ist relativ eine spontane Frage, aber wir haben heute am Abend über eine Motion abgestimmt, bei der es um das aktuelle Kultur- und Begegnungszentrum geht. Da wollte ich den Stadtrat fragen, ob es zum Kultur- und Begegnungszentrum Neuigkeiten gibt.»

**Stadtpräsident Mark Eberli:** «Neuigkeit gibt es in dem Sinne nicht. Wie ich an der IGBV-Versammlung orientiert habe, ist das Projekt in der Überarbeitung, weil sie es wirtschaftlich optimieren müssen. Was das für den Zeitplan bedeutet, kann ich noch nicht sagen. Das ist das Einzige, was mir jetzt so spontan in Sinn kommt.»

Es gibt keine weiteren Fragen an Kommissionen und Stadtrat.

## **Traktandum 6**

### **Diverses**

---

**Der Vorsitzende** erteilt Andreas Scheuss das Wort.

**Andreas Scheuss:** «Ich will noch kurz die Zeit nutzen, um aus der Sicht der Grünen auf eine interessante Entwicklung in der letzten Woche hinweisen. Der Zürcher Unterländer berichtete, dass das Spital Bülach ein Rodungsgesuch für den Spitalpark und ein Baugesuch für einen temporären Modulbau für Palliative Care in diesem Gebiet eingereicht hat. Lustigerweise betrifft es einen anderen Entscheid des Stadtparlaments aus der gleichen Sitzung, wie die erste Tranche der Fruchtfolgefleichen. An dieser Sitzung haben wir um die Umzonung des sogenannten Spitalparks entschieden. Es ging darum, dass die Fläche von Waldzone in öffentliche Bauten umgewandelt werden soll. Das ist auch unter dem Vorzeichen eines relativ konkreten Projekts passiert. Von allen Seiten wurde betont, dass im Projekt möglichst viele der ökologisch wertvollen Bäume erhalten bleiben sollen. Doch wir Grünen haben das damals kritisiert. Die Standortgebundenheit war aus Sicht der Grünen nicht unbedingt gegeben. Man hätte weitere Planungen machen müssen. Nach dem Entscheid stellte sich heraus, dass die Pläne für die Weiterentwicklung des Spitals ganz anders aussehen. Plötzlich wurden Stellen, die zuvor kategorisch ausgeschlossen worden waren, eingeplant und sollten mit grossen Gebäuden bebaut werden. An einer anderen Sitzung wurde dies dann auch angesprochen. Stadtpräsident Mark Eberli hat auch gesagt, dass es dort eine neue Idee gäbe: Eben dieser Modulbau für Palliative Care. Jetzt ist an der Stelle des Spitalparks ein Modulbau für Palliative Care geplant. Wohlgermerkt direkt an einer viel befahrenen



Hochfelderstrasse. Bereits beim Projekt, das uns vor eineinhalb Jahren im Stadtparlament vorlag, bestand ein Problem mit den Lärmemissionen. Damals wurde gesagt, man müsse halt Fenster einbauen, die nicht geöffnet werden können, damit man die Lärmgrenzwerte einhalten könne. Man müsse entsprechend bauen. Wie gesagt, ist es jetzt ein temporärer Modulbau. Ich frage mich schon, ob unter diesen Umständen ein würdiges Sterben ermöglicht wird. Aber das grösste Problem bei dieser Sache aus Sicht des Stadtparlaments ist, aus meiner Sicht: Die Umzonung wurde aufgrund eines angeblich unverzichtbaren Vorhabens, welches angeblich nur an diesem Ort hätte realisiert werden können, beschlossen. Jede kritische Frage wurde damals als Verzögerung oder Verhinderung angeschaut. Und jetzt soll trotzdem alles ganz anders gebaut werden. Es ist, als hätte man für ein veganes Restaurant Platz gemacht und am Schluss erhält man die Pläne für ein Steakhouse. Nun Ja: Man kann leider nicht mehr viel ändern. Aber mit Blick auf die heute diskutierte Situation beim Erachfeld, sollte es uns eine Lehre sein. Vielen Dank.»

**Der Vorsitzende:** «Ich wurde am 13. Oktober 2023 als Vertreter der Stadt Bülach ins Bundeshaus eingeladen. Der Nationalratspräsident Martin Candinas hat Vertreter von 59 Schweizer Gemeinden, die im Nationalratssaal in Form von einem Wappen vertreten sind, eingeladen. Wenn man im Saal des Nationalrats sitzt, ist oben links, zuoberst, das Bülacher Wappen, und zwar seit über 100 Jahren aufgehängt. Seit der Entstehung des Bundeshauses 1902 ist das Bülacher Wappen dort vertreten. Ich habe eine Kopie von dem Wappen bekommen. Es wurde mit einer Drohne abfotografiert. Ich komme gerade noch darauf zu sprechen, was wir dann vielleicht mit dem Wappen machen. Ich habe mich damit auseinandersetzt, wie Bülach zu der Ehre kommt, im Nationalratssaal in Form von einem Wappen anwesend zu sein: Ich habe im Staatsarchiv des Kantons Zürich die Regierungsratsbeschlüsse angeschaut. Ich lese kurz einen Teil des Beschlusses vom 23. März 1901 vor: *«Mit Schreiben vom 11. Februar 1901 teilt das eidgenössische Departement des Innern mit, im künftigen Sitzungssaal des Nationalrates im Parlamentsgebäude in Bern seien im Deckenfries auf grünem Eichenkranz 60 Wappenschilder angebracht. Auf diesen Schildern sollen, ausser im Eidgenössischen, die Wappen von 59 der bedeutendsten Ortschaften der Schweiz, darunter sämtliche Kantonshauptorte gemalt werden. Für den Kanton Zürich seien fünf solche Wappenschilder in Aussicht genommen.»* Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat dann am 25. Mai Antwort gegeben. Ich lese jetzt nur den relevanten Teil vor: *«Wir beehren uns als Gemeinden, deren Wappen im Nationalratssaale anzubringen wären, die folgenden vorzuschlagen: Zürich, als Kantonshauptort, Winterthur, die zweite Stadtgemeinde im Kanton, Uster, die grösste der Landgemeinden, Wädenswil, die grösste der Seegemeinden...»* Man muss schon sehen: Uster und Wädenswil hatten schon damals um die 8 000 bis 9 000 Einwohner. Weiter im Text: *«...und fünftens Bülach»* – mit gerade einmal 2 100 Einwohner – *«als Vertreterin des nördlichen Teiles des Kantons.»* Wenn man das so liest, könnte das jede andere Gemeinde des nördlichen Teils des Kantons auch sein.



Ich habe noch ein bisschen weitergeschaut und mich gewundert bzw. hat es sich dann eigentlich erledigt. Im Jahr 1901 bestand der Regierungsrat aus folgenden Herren: Als erstes, Heinrich Kern von Bülach, Regierungsratspräsident. Ich habe das Wappen in die Geschäftsleitung mitgenommen und wir haben kurz darüber diskutiert, wo wir es aufhängen wollen. Dann ist es in die Hände des Stadtrats gekommen mit einer Idee vom Stadtschreiber. Der Stadtrat hat an der letzten Sitzung entschieden, dass das Rathaus ein gutes Plätzchen wäre. Er hat es freundlicherweise auch schon dort aufgestellt. Ich habe es jetzt abmontieren und hierherbringen lassen, damit ihr das auch noch anschauen könnt. Wenn es keine Einwände gegen den Vorschlag des Stadtrats gibt, das Wappen im Rathaus aufzuhängen, dann würden wir das somit genehmigen.»

Es gibt dagegen keine Einwände aus dem Stadtparlament. Es wird applaudiert.

Traktandum 7

#### **Informationen des Vorsitzenden**

---

##### **Rechtskraft der Beschlüsse**

Gegen die Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtparlaments vom 2. Oktober 2023 sind bis jetzt keine Rechtsmittel ergriffen worden. Die Rekursfrist läuft bis am Montag, 6. November 2023.

##### **Rechtsbelehrung**

Aus dem Stadtparlament gibt es keine Einwände betreffend der an der heutigen Sitzung behandelten Geschäfte.

Es gibt keine weiteren Einwände.

\*\*\*Die Sitzung ist geschlossen. Ende der Sitzung: 20:40 Uhr.\*\*\*

**Protokoll** Protokoll  
**Behörde** Stadtparlament  
Beschluss-Nr.  
Sitzung vom 6. November 2023



Bülach, 20. November 2023

Für die Richtigkeit:

Sandra Lobsiger  
Parlamentssekretärin

Geprüft:

Thomas Obermayer  
Parlamentspräsident

Stephan Ziegler  
1. Vizepräsident

Andreas Scheuss  
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Stadtparlaments
- Mitglieder des Stadtrats
- Mitglieder der Geschäftsleitung der Stadt Bülach
- Protokollsammlung





# Bülach: Grossflächige Einführung von Tempo 30 auf Quartierstrassen

Motion von Patrizia Grütter und Mitunterzeichnenden



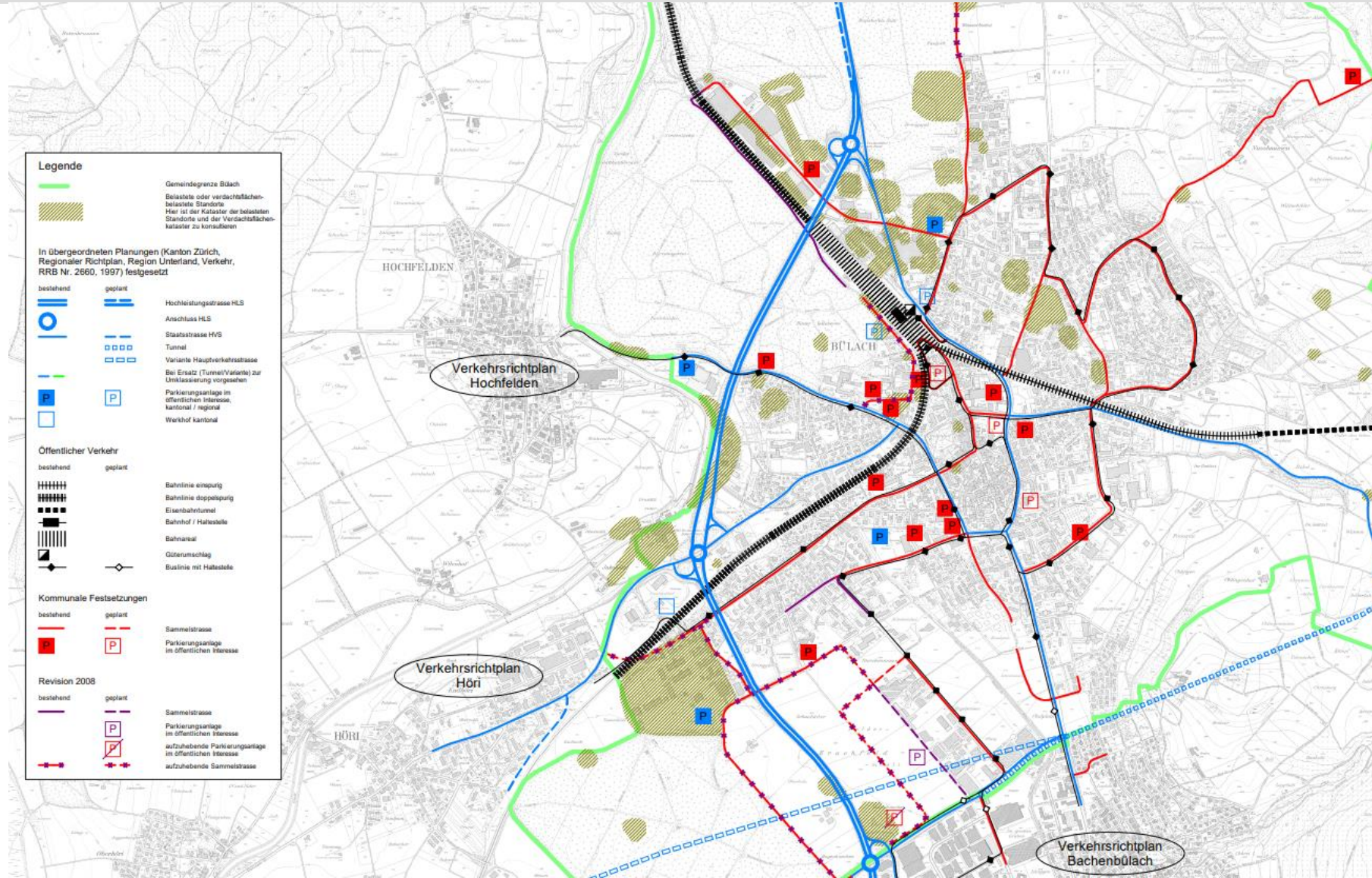
# Bülach: Grossflächige Einführung von Tempo 30 auf Quartierstrassen

**Auf Quartierstrassen gilt stadtwweit Tempo 30**

In dieser Motion sind National-, Kantons- und Sammelstrassen explizit ausgeschlossen.



# Bülach: Grossflächige Einführung von Tempo 30 auf Quartierstrassen





# **Erhöhung Rahmenkredit zum Erwerb von Kompensationsrechten für Fruchtfolgeflächen 4 950 000 Franken**

**Sitzung des Stadtparlaments Montag, 6. November 2023, 19.00 Uhr,**

**Traktandum 4**

**Stellungnahme Kommission Bau & Infrastruktur an Parlament**



# Rahmenkredit Kompensationsrechte «Fruchtfolgeflächen» (FFF) 4.95 Mio Fr.

## Antrag des Stadtrats

Den Bülacher Stimmberechtigten wird für den Erwerb von Kompensationsrechten für FFF die Erhöhung des bereits bewilligten Rahmenkredits von 4.950 Mio. Fr. um 4.835 Mio. Fr. auf insgesamt 9.785 Mio. Fr. zur Bewilligung unterbreitet. (alle Zahlen inkl. MWST, 7.7% / 8.1%).

	Wert Fr. tot. inkl. MWST	m2	Preis/m2 inkl MWST	MWST%
<b>Kauf bis 2023-08</b>	<b>4.950 Mio</b>	<b>63'679</b>	<b>77.72</b>	<b>7.70%</b>
<b>Zusatzkredit</b>	<b>4.835 Mio</b>	<b>33'692</b>	<b>143.52</b>	<b>8.10%</b>
	<b>9.785 Mio</b>	<b>97'371</b>		
		Preisaufschlag	85%	



# Rahmenkredit Kompensationsrechte «Fruchtfolgeflächen» (FFF) 4.95 Mio Fr.

## Übersicht

Für die Realisierung eines Sport- und Erholungsparks

- Muss das Erachfeld umgezont werden (separate Umzonungs-Vorlage).
- Muss Landwirtschaftsland aufgegeben werden. Das ist zu kompensieren durch Kompensationsrechte. Die Verkäufer schaffen dann wieder neues Landwirtschaftsland, eben FFF. Man kauft also Rechte, nicht Land.

Bisher hat Bülach 64'000 m<sup>2</sup> FFF für 4.835 Mio für Fr. 78.-/m<sup>2</sup> gekauft.

Die Preise sind massiv gestiegen, weil mögliche Flächen begrenzt sind.

Für weitere geplante 34'000 m<sup>2</sup> sollen nun 144.-/m<sup>2</sup> reserviert werden.





# Rahmenkredit Kompensationsrechte «Fruchtfolgeflächen» (FFF) 4.95 Mio Fr.

Heute NICHT zu entscheiden, kommt – wenn überhaupt –  
später im Detail vor's Parlament: (I)

Die visualisierte **Projekt-Idee**, welche nach der  
Umzonung dank ca. 100'000 FFF möglich werden  
könnte.

(Gemäss Erläuterndem Bericht zur Umzonung vom  
Juni 2023: Z.B. fünf Fussballfelder inkl. Tribüne,  
Garderoben- und Nebenräume sowie  
Beachvolleybal / Crossfit-/Boulder /, 1 Vierfach-  
turnhalle – ev. in public-private Partnership,  
Spielplatz, Picknick, Pumptrack, Skating ...)





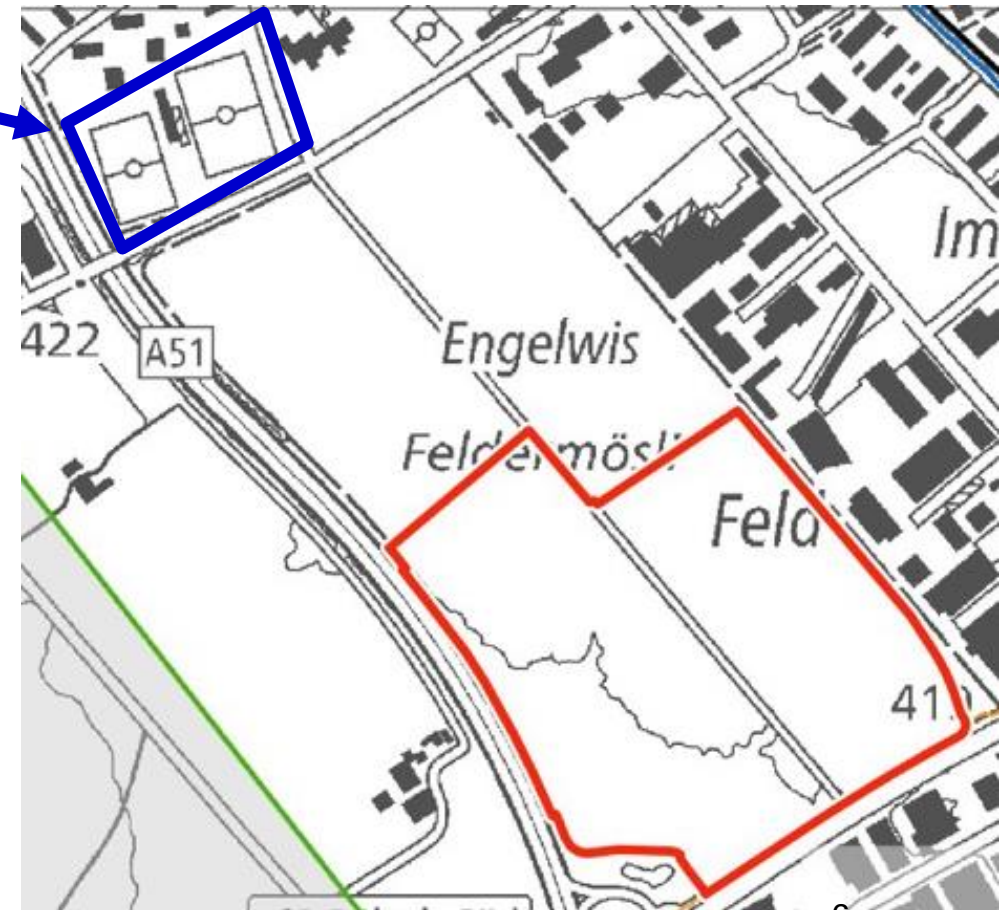




# Rahmenkredit Kompensationsrechte «Fruchtfolgeflächen» (FFF) 4.95 Mio Fr.

Heute NICHT zu entscheiden, kommt – wenn überhaupt –  
später im Detail vor's Parlament: (III)

Vielleicht Verkauf des wertvollen Bau-Landes  
der Fussball-Anlage Gringglen (oder doch  
nicht, od. Abgabe im Baurecht...) nach  
Erstellen der Sportanlage Erachfeld, zur  
Finanzierung u.a. von Erachfeld und Sanier-  
ung Hirslen, und für mehr Wirtschaftsfläche.  
(Die rot umrahmten Flächen sind Gegen-stand  
der Umzonung und des möglichen Erachfeld –  
Sport- & Erholungsparks).





## Rahmenkredit Kompensationsrechte «Fruchtfolgeflächen» (FFF) 4.95 Mio Fr.

Beurteilung des Wertminderungs-Risikos, z.B. wenn Sport-/Erholungsanlagen schliesslich kleiner als angedacht realisiert werden und man schliesslich FFF wieder verkaufen will:

Wegen

- der hohen Nachfrage für FFF Kompensationsrechte für verschiedenste Projekte, z.B. Brüttener Tunnel, ggf. Pistenverlängerung;
- der Limitierung der Kompensation auf FFF INNERHALB der Kantone  
...ist eine Wertminderung unter die Durchschnitts-Erwerbskosten sehr unwahrscheinlich.



## Rahmenkredit Kompensationsrechte «Fruchtfolgeflächen» (FFF) 4.95 Mio Fr.

### Einstimmiger Entscheid der Kommission Bau & Infrastruktur:

Der Antrag des Stadtrats auf Erhöhung des früher bewilligten Rahmenkredits um 4.835 Mio. ist so schnell wie möglich dem Volk vorzulegen.

- Wegen der steigenden Preise für FFF wird's mit Zuwarten nur teurer.
- Das Thema Erachfeld ist schon sehr lange in Diskussion und Vorbereitung.
- Dem Volk soll klar aufgezeigt werden, was grundsätzliche Optionen sind.
- Sagt das Volk nein zum Kauf weiterer FFF, weiss man, wo man steht.
- Sagt das Volk ja, entscheidet aber später, dass Projekte bescheidener ausfallen müssen, kann man überzählige FFF mit sehr guter Chance wieder zu einem Preis über den Kosten verkaufen.

# Sport und Erholung Erachfeld

## Zeitliche Übersicht und Abhängigkeiten

Ziel = Baureifes Projekt auf rechtskräftig zonierte Land per Ablauf der Pachtverträge 2026

